

Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke

Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben (MA 4)

Am 25. Oktober 2001 wurde vom Wiener Gemeinderat die Genehmigung zum Abschluss des **öffentlichen Personennahverkehrs- und Finanzierungsvertrags** (ÖPNV-Vertrag) zwischen der Stadt Wien und der Wiener Linien GmbH & Co KG erteilt. Dieser Vertrag soll in Abkehr vom bisherigen System der pauschalen Verlustabdeckung durch Gewährung von Betriebskostenzuschüssen die Eigenverantwortung des Managements für die Betriebsergebnisse der Wiener Linien unter Aufrechterhaltung des hohen Niveaus der Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs in Wien stärken.

Im April 2001 wurde zwischen dem Bund, der Schieneninfrastrukturgesellschaft und der Stadt Wien ein **Lärmschutzvertrag** abgeschlossen, der eine 50%ige Mitfinanzierung der Stadt Wien an Lärmschutzmaßnahmen entlang der Bestandstrecken der ÖBB auf Wiener Stadtgebiet vorsieht.

Nach der Ankündigung des Bundes, sich aus der Funktion des Gesellschafters am Verkehrsverbund Ost-Region zurück zu ziehen, waren eine **Neugestaltung des VOR** und die damit verbundenen Vertragsänderungen durchzuführen.

Im Zusammenhang mit der **Übernahme des Meldewesens** vom Bund waren die erforderlichen Maßnahmen finanziell zu koordinieren.

Hinsichtlich der Verlängerung der U 1 und der U 2 in Richtung Norden wurde die Umsetzung der im geänderten „**30 Milliarden-Paket**“ vorgesehenen Maßnahmen in Angriff genommen.

Gemeinsam mit dem Wiener ArbeitnehmerInnenförderungsfonds hat die MA 4 die Wahrung der Interessen der Stadt Wien gegenüber dem Bund in der Frage der **Ausgliederung des Arbeitsmarktservice** durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit sicher gestellt.

Mit privaten Unternehmen waren diverse **Finanzierungsverhandlungen** unter anderem über ein Einleitprojekt von Thermalwässern in den Donaukanal und über Ausgleichszahlungen für reduzierte Badetarife zu führen.

Die MA 4 hat in Realisierung des New Public Management eine Vereinbarung mit dem Herrn amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke sowie mit dem Herrn Magistratsdirektor ausgearbeitet. In diesem **Kontrakt** wurden anzustrebende Ziele der Abteilung mit Produkten und vorhandenen Ressourcen abgestimmt und für den Zeitraum eines Jahres festgeschrieben. Die laufende Evaluierung der Erreichung der Kontraktziele und die nachweisbaren Erfolge dienen als Maßstäbe für die Beurteilung der Abteilungsleistung.

Zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit sowie zur

Verbesserung des Images wurde in der MA 4 ein **Beschwerdemanagementsystem** eingerichtet.

Der überwiegende Teil sämtlicher gesetzlicher Maßnahmen des Bundes war von der MA 4 hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkungen dahingehend zu prüfen, ob über ihren Inhalt gegebenenfalls **Verhandlungen in einem Konsultationsgremium** zu führen sind.

Zahlreiche **Gesetzesentwürfe** waren im Zuge der verschiedenen Begutachtungsverfahren aus Sicht der Finanzverwaltung zu prüfen und finanziell zu bewerten, wobei die Bearbeitung des Bundesgesetzes über Ausbildung, Tätigkeiten und Beruf der Sanitäter von besonderer Bedeutung war, weil hier die Notwendigkeit bestand, Maßnahmen, die auf Grund des medizinischen Fortschritts notwendig waren, mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang zu bringen.

Die **Aufschließung von Betriebsbaugebieten** wurde gemeinsam mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds schwerpunktmäßig im Industriepark Nord fortgesetzt. Weiters wurden Aufschließungsmaßnahmen im Bereich 21., östlich Gaswerk Leopoldau abgeschlossen.

Die Revisionsstelle hatte im Jahr 2001 bei insgesamt rund 32.900 **Revisionen** einen fiskalischen Erfolg in Höhe von rund EUR 29,4 Mio. zu verzeichnen.

Im Bereich der **Parkometerabgabebefreiungen** bzw. -pauschalierungen wurde erstmals eine **Kundenbefragung** durchgeführt, die zum Einen eine äußerst hohe Zufriedenheit mit der behördlichen Vorgangsweise und den damit befassten MitarbeiterInnen bescheinigte und zum Anderen einige bis dahin unerkannte Kundenwünsche thematisierte. Im Zusammenhang mit dem forcierten Einsatz elektronischer Zahlungsmittel wird ein System zur Entrichtung von Parkgebühren unter Verwendung elektronischer Hilfsmittel zur Vergabe ausgeschrieben werden, welches zukünftig die **Bezahlung der Parkometerabgabe mittels Mobiltelefon** ermöglichen soll. Das Projekt wird in absehbarer Zeit Gegenstand eines Pilotversuchs sein.

Das Wiener Anzeigenabgabegesetz 1983, das Wiener Ankündigungsabgabegesetz 1983 und das Wiener Rundfunk-Ankündigungsabgabegesetz wurden mit dem Gesetz LGBl. für Wien Nr. 74/2001 aufgehoben. Der Beschluss des Gemeinderats vom 26. April 1985 über die Ausschreibung einer Abgabe von öffentlichen Ankündigungen im Gebiet der Stadt Wien wurde mit der im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 25/2001 kundgemachten Verordnung des Wiener Gemeinderats aufgehoben.

Mit der im Amtsblatt der Stadt Wien Nr. 47/2001 kundgemachten Verordnung des Wiener Gemeinderats wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2002 ein an die Verordnungsermächtigung im Wiener Abfallwirtschaftsgesetz angepasster **Müllabfuhrabgabe-**

tarif 2002 erlassen, der an die Stelle des bisher gültigen Tarifs 1993 tritt und auch der Umstellung auf den Euro Rechnung trägt, wie generell sämtliche in den Zuständigkeitsbereich der MA 4 fallenden Normen auf den Euro umgestellt wurden.

Als Folge der Neuorganisation der Magistratsdirektion im Sinne einer schlanken Konzernzentrale wurde die Vorbereitung der Entscheidungen der **Abgabenberufungskommission** für bestimmte Steuern und Gebühren in die Zuständigkeit der MA 4 übertragen.

Finanzwirtschaft und Haushaltswesen (MA 5)

Wichtige Veränderungen in der Gesetzgebung

- **1. BGBl. Nr. 3/2001** (ausgegeben am 9. Jänner 2001): Bundesgesetz, mit dem der Finanzausgleich für die Jahre 2001 bis 2004 geregelt wird und sonstige finanzausgleichsrechtliche Bestimmungen getroffen werden (Finanzausgleichsgesetz 2001 – FAG 2001) und das Finanzausgleichsgesetz 1997 und das Wohnbauförderungszweckzuschussgesetz geändert wird;
- **2. BGBl. Nr. 4/2001** (ausgegeben am 9. Jänner 2001): Bundesverfassungsgesetz über den Verfassungsrang bestimmter finanzausgleichsrechtlicher Bestimmungen;
- **3. BGBl. Nr. 63/2001** (ausgegeben am 6. Juli 2001): Bundesgesetz, mit dem u. a. das Finanzausgleichsgesetz 1997 und das Altlastensanierungsgesetz geändert wird;
- **4. BGBl. Nr. 68/2001** (ausgegeben am 10. Juli 2001): Bundesgesetz, mit dem das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 und das Bundesgesetz über die Förderung von Anliegen der älteren Generation 1998 (Bundes-Seniorengesetz 1998) geändert werden;
- **5. BGBl. Nr. 71/2001** (ausgegeben am 10. Juli 2001): Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1996 geändert wird;
- **6. BGBl. Nr. 103/2001** (ausgegeben am 7. August 2001): Bundesgesetz, mit dem u. a. das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert wird;
- **7. BGBl. Nr. 160/2001** (ausgegeben am 28. Dezember 2001): Bundesgesetz, mit dem das Katastrophenfondsgesetz 1996 geändert wird;
- **8. LGBl. Nr. 20/2001** (ausgegeben am 29. März 2001): Verordnung über die Pflicht zur Abfuhr von spezifiziertem Risikomaterial und die hierfür zu entrichtenden Entgelte (SRM-Verordnung).

Zentralbudget

Der Voranschlag 2001 sah folgende Einnahmen und Ausgaben vor:

	EUR	Zusatzrahmen mit Sperre EUR
Einnahmen	8.942.654.666	43.603.700
Ausgaben	9.545.015.080	43.603.700
Abgang	602.360.414	-

Die Einnahmen steigen somit gegenüber dem Vorjahr um 1,4 %, die Ausgaben um 0,3 %. Der mit EUR 602 Mio. veranschlagte Abgang beträgt 6,3 % der

Gesamtausgaben. Im Voranschlag 2001 wird damit ein nahezu ausgeglichener Finanzierungssaldo (Maastricht-Defizit) mit einem sogar geringfügigen Überschuss in Höhe von EUR 1,9 Mio. erreicht.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 25. bis 26. Juni 2001 genehmigte **Rechnungsabschluss für das Jahr 2000** ergab bei Gesamteinnahmen von EUR 9.861 Mio. und Gesamtausgaben von EUR 10.088 Mio. einen Abgang von EUR 227 Mio. Somit konnte der im Voranschlag für das Jahr 2000 ausgewiesene Abgang von EUR 701 Mio. um EUR 474 Mio. verbessert werden. Zur Deckung des Abganges wurden weiters sowohl Fremdmittelaufnahmen als auch Entnahmen aus Rücklagen herangezogen.

Der **Voranschlag 2002**, der erstmals in Euro darzustellen war, rechnet bei Gesamteinnahmen von EUR 9.268.752.000 und Gesamtausgaben von EUR 9.262.498.000 mit einem Gebarungüberschuss von EUR 6.254.000. Damit wird das gemäß Stabilitätspakt angestrebte „Maastricht-Ergebnis“ mit einem Wert von rund EUR 327 Mio. erreicht. Weiters wurden in Anbetracht der Unwägbarkeit bei der Einnahmenseite (u. a. infolge der Auswirkungen aus dem Ergebnis der Volkszählung 2001) ein „außerordentliches Budget“ mit EUR 80 Mio. vorgelegt, das je nach Einnahmenrealisierung partiell bzw. vollständig freigegeben werden kann.

Waren bereits in den Vorjahren Schritte in Richtung dezentraler Ressourcenverantwortung durch die Zurverfügungstellung eines finanziellen Rahmens an die Geschäftsgruppen gesetzt worden, wird ab dem Voranschlag 2002 auch der, bisher auf den „Zentralen Sammelansätzen“ verrechnete Anteil des Personal- bzw. des Amtssachaufwandes der Hoheitsverwaltung den, auf die neu geschaffenen Geschäftsgruppen bezogenen Sammelansätzen zugeordnet – um solchermaßen die Möglichkeit der Steuerung der Geldmittel seitens der Geschäftsgruppen zu optimieren.

Mit Erlass vom 18. April 2001, MD-976-0/01 wurde eine **neue Haushaltsordnung (HO)** genehmigt, die im Sinne des Wiener Wegs der Verwaltungsmodernisierung vor allem drei Kriterien Rechnung zu tragen hatte:

- Zurücknahme der Einschaltung der Finanzverwaltung in nicht unmittelbar auf den Voranschlag Bezug habenden Angelegenheiten;
- Erleichterungen für die Dienststellen beim Budgetierungs- und Rechnungslegungsprozess;
- Verringerung der Regelungsdichte durch Abbau von Überschneidungen.

Diese Maßnahmen bedeuten eine veränderte Verantwortungsstruktur der Dienststellen bzw. der Geschäftsgruppen und erfordern eine neue Führungsinformation, um den Gesamthaushalt sicher zu führen und insbesondere den im Österreichischen Stabilitätspakt vorgeschriebenen positiven Maastricht-Finanzierungssaldo zu erreichen. Die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür wurden bereits im Jahr 2000 geschaffen. Das Instrument des **zentralen Finanzcontrollings** konnte somit im Jahr 2001 erstmals laufend angewendet werden.

Weitere wesentliche Neuerungen sind u. a. die Verrechnung im Unternehmerbereich ohne Umsatzsteuer, die Veranschlagung in durch 1000 teilbare Euro-Beträge, das Abgehen von der bisherigen Form, der in der HO geregelten Deckungsfähigkeit, auf diesbezügliche Beschlüsse des Gemeinderates zur Erleichterung beim Budgetvollzug, weiters die Verkürzung von Videndenwegen bzw. der Verzicht auf diverse Genehmigungs- und Berichtserfordernisse, wobei weitere Vorschläge für einen flexiblen Budgetvollzug bzw. für eine Straffung der Genehmigungserfordernisse zu ihrer Umsetzung einer Änderung der Wiener Stadtverfassung bzw. der Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien bedürfen.

Bezirksbudgets

Für jene Angelegenheiten, die im § 103 der Wiener Stadtverfassung angeführt und deren Verwaltung von Haushaltsmitteln den Bezirksorganen übertragen sind, wurden im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderates im Verwaltungsjahr 2001 rund EUR 160,1 Mio. zur Verfügung gestellt. Die Bezirksrechnungsabschlüsse 2000 wurden Mitte März des Berichtsjahrs erstellt. Diese zeigten, dass Ausgaben (für Vorhaben) von rund EUR 186,7 Mio. getätigt wurden. Mit Stichtag 31. Dezember 2000 erreichte die Bezirksrücklage (für alle Bezirke) einen Stand von ca. EUR 49,9 Mio. - resultierend aus nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2000 sowie der Vorjahre, Prämien für die Bezirksrücklage und anrechenbaren Zuwendungen. Allerdings mussten zwei Bezirke zum Bezirksrechnungsabschluss 2000 einen Vorgriff von insgesamt rund EUR 3,2 Mio. tätigen.

Im Juni des Jahres 2001 fanden in den Bezirken die Budgetbesprechungen des Verhandlungsausschusses des Bezirkes mit den Dienststellen des Magistrates hinsichtlich der Bezirksbudgets für das Verwaltungsjahr 2002 statt. Im Jahr 2002 sind es rund EUR 152,9 Mio., die den Bezirken im Rahmen der Bezirksmittelverordnung des Wiener Gemeinderates für die finanzielle Bedeckung der ihnen übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen.

Finanzwirtschaft

Geld- und Kreditwesen, Fremdmittelaufnahmen

Im Rahmen der Fremdmittelaufnahmen für das Jahr 2001 wurde auf Grund der beschlussmäßigen Ermächtigungen des Gemeinderates seitens der Stadt Wien folgende Finanztransaktion durchgeführt:

- 400 Millionen CHF - Anleihe 2001 - 2005 (öffentliche Anleihe)

Diese Transaktion erbrachte einen Erlös von rund EUR 260,6 Mio.

Bürgschaften

Im Jahr 2001 wurden auf Grund entsprechender organmäßiger Genehmigungen folgende Bürgschaften übernommen, und zwar im Rahmen des Wohnhaussanierungsgesetzes 1984 in 3 Fällen einschließlich Nachtragsdarlehen für einen Gesamtbetrag von EUR 177.103,70 und im Rahmen des Wiener Wohn-

bauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes 1989, II. Hauptstück, in 115 Fällen für einen Gesamtbetrag von EUR 17.662.083,97.

Aktion zur Refundierung der Grunderwerbsteuer

Insgesamt kamen im Rechnungsjahr 2001 im Rahmen der Aktion EUR 2.623.232,52 zur Auszahlung.

Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds

1. Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen
 - Bundesförderung gemäß Wasserbauten- bzw. Umweltförderungsgesetz: Gemäß Wasserbautenförderungsgesetz konnten auf Grund bestehender Darlehensverträge mit dem Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds Darlehensschlusszahlungen für Investitionen der Magistratsabteilungen 30 und 31 in einer Höhe von rund EUR 9,8 Mio. lukriert werden. Gemäß Umweltförderungsgesetz 1993 wurden 2001 44 neue Projekte der Fachdienststellen mit Baukosten von rund EUR 31,1 Mio. eingereicht und 26 Förderverträge für Investitionen mit einer Barwertförderung im Ausmaß von rund EUR 5,3 Mio. angenommen. An Bauzinsen- bzw. Annuitätzuschüssen konnten nach dem neuen Förderungssystem rund EUR 5,2 Mio. vereinnahmt werden.
 - Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft: Im Rahmen der 1993/1994 ins Leben gerufenen Landesförderungsaktion für Zwecke der Siedlungswasserwirtschaft konnten im Jahr 2001 26 Darlehen, die zur Erlangung von Bauzinsen- bzw. Annuitätzuschüssen nach dem Umweltförderungsgesetz sowie den dazugehörigen Förderungsrichtlinien-Siedlungswasserwirtschaft aufgenommen werden müssen, von über EUR 42,8 Mio. zugesagt werden. Auf Grund dieser bzw. bereits in den Vorjahren getätigten Darlehenszusagen wurden 2001 rund EUR 16,86 Mio. und somit insgesamt bereits mehr als EUR 225 Mio. an Darlehensbeträgen ausbezahlt. Mit 1. November 2001 wurden die Förderungsrichtlinien der Siedlungswasserwirtschaft neu erlassen, die unter anderem eine Änderung des bisherigen Fördersatzes von 20 % (der in Wien zur Anwendung kam) für Wasserversorgungs- und/oder Abwasserbehandlungsanlagen auf 15 % bei den Wasserversorgungsanlagen und 8 % plus einer Pauschale bei den Abwasserbehandlungsanlagen enthält.

2. Altlasten

Im Bereich der Altlastensanierung konnten im Jahr 2001 Mittel in Höhe von EUR 4.167.763,40 vereinnahmt werden. Bei der Altlastensanierung gab es eine Novelle der Förderungsrichtlinien vor allem im § 7, wonach die Förderung von Städten und Gemeinden, die nicht Wettbewerbsteilnehmer sind, in Prioritätenklassen gereiht werden. Prioritätenklasse 1 bis zu 65 %, Prioritätenklasse 2 bis zu 60 % und Prioritätenklasse 3 bis zu 55 % der Kosten. Wenn der für die Verschmutzung Verantwortliche einer Altlast nicht eindeutig ermittelt oder nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann, lauten die Fördersätze wie folgt: bis zu 95 % bei Prioritätenklasse 1, bis zu 80 %

bei Prioritätenklasse 2 und bis zu 65 % bei Prioritätenklasse 3.

Abgesehen von den bisherigen Aufgliederungen wird ein vierter Absatz in den § 7 eingefügt, der ausschließlich für Kriegsaltlasten gilt; hiebei ist ein Fördersatz (unabhängig von der Prioritätenklasse) bis zu 95 % möglich.

Katastrophenfonds

Das Land Wien gewährte im Jahr 2001 gemäß Beschluss der Wiener Landesregierung vom 8. Mai 2001, Pr. Z. 0244/01-MDBLTG, sowie vom 11. Dezember 2001, Pr. Z. 0816/01-MDBLTG, für Maßnahmen im Zusammenhang mit der BSE-Krise sowie zur BSE-Vorsorge Entschädigungszahlungen zur Existenzsicherung an Futtermittelhersteller bzw. -händler sowie an die Fleisch verarbeitende Industrie. Für diese Maßnahmen wurde seitens des Landes Wien ein Nettobetrag von rund EUR 1,45 Mio. zur Verfügung gestellt.

Krankenanstaltenfinanzierung

Vom Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurden im Jahr 2001 Kostenersätze für Leistungen der Organgewinnung in Höhe von insgesamt EUR 835.040,52 angewiesen.

Betriebsabgangsdeckung privater Krankenanstalten

Im Jahr 2001 wurde als Ersatz für die für die Jahre 1998 bis 2000 gültige Subventionsvereinbarung zwischen der Stadt Wien – MA 5 und den Rechtsträgern der Ordensspitäler eine neue, für die Jahre 2001 bis 2004 gültige Vereinbarung abgeschlossen. Den Ordensspitalern wurden im Jahr 2001, basierend auf der neuen Vereinbarung, ein Betrag von insgesamt EUR 23.982.035,27 überwiesen.

Betriebsabgangsdeckung öffentlicher Krankenanstalten

Der Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF) stellt mittels Bescheid gemäß Wiener Krankenanstaltengesetz (Wr. KAG) jährlich den Rechnungsabschluss des Hanusch-Krankenhauses fest. Seitens der MA 5 wird auf Grund der entsprechenden Mitteilung des WIKRAF gemäß § 56 (2) Wr. KAG dem Rechtsträger des Hanusch-Krankenhauses, das ist die Wiener Gebietskrankenkasse, 50 % des festzustellenden Betriebsabganges überwiesen. Im Jahr 2001 war dies ein Betrag in Höhe von EUR 23.842.900,59.

Internationale Organisationen

Im Jahr 2001 wurden für die Beteiligungen an den Unterbringungskosten internationaler Organisationen ein Betrag in der Höhe von EUR 788.896,82 angewiesen.

Fonds

Zur Finanzierung der weiteren Geschäftstätigkeit sowie zur Sicherstellung der Ausfinanzierung der vom Fonds geplanten Maßnahmen wurden dem

Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds Bar-mittel in Höhe von EUR 9.084.104,27 im Wege von Nachdotationen zugeführt.

Das Land Wien beteiligte sich gemäß Beschluss der Wiener Landesregierung vom 11. Dezember 2001, Pr. Z. 764/01-MDBLTG, gemeinsam mit dem Arbeit-marktservice an der Finanzierung des „Aktionsprogramms - Territorialer Beschäftigungspakt Wien 2001“, wobei seitens des Landes Wien ein Beitrag in Höhe von EUR 14.534.566,83 geleistet wurde.

Subventionen und Beiträge

Aus Subventionsmitteln der MA 5 werden private Organisationen und Einrichtungen für soziale Projekte und Aufgabenstellungen (insbesondere Nachbarschaftshilfe, allgemeine Wohlfahrt, Jugendwohlfahrt, Seniorenhilfe etc.) gefördert. Dazu ist noch die Unterstützung der Projekte der verschiedenen Organisationen im Rahmen der ARGE Wohnplätze für Behinderte (neben der Schaffung von Beschäftigungstherapieplätzen) zu erwähnen. Die bisherige Förderung der Organisationen für Suchtkrankenhilfe erfolgt ab 2001 durch den Fonds Soziales Wien – Suchtprävention und Koordination der Suchtkrankenhilfe.

Weiters werden wirtschafts- und berufsfördernde sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institutionen unterstützt. In Zusammenwirken mit dem AMS Wien wurden weiter Beschäftigungsprojekte für Langzeitarbeitslose und Frauen gefördert. Die Wiener Landwirtschaftskammer wurde weiter mit den Zuschüssen für den Kammerbetrieb unterstützt. Die bisherige Förderung der Wiener Landwirtschaft mit EU-kofinanzierten und nationalen Spartenförderungsmaßnahmen sowie eigenen Landesaktionen erfolgt ab 1. Jänner 2001 (auf Grund des neu geschaffenen Wiener Landwirtschaftsgesetzes) im Kompetenzbereich und aus Mitteln der Geschäftsgruppe Umwelt. Schließlich ist noch die Förderung des Ausbaus von Einrichtungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien anzuführen.

In den Sitzungen der verfassungsmäßig zuständigen Organe wurden Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von EUR 19,14 Mio. bewilligt.

Auf Grund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates wurden für Mitgliedsbeiträge an Institutionen im In- und Ausland und für sonstige laufende Förderungsbeiträge im Jahr 2001 insgesamt EUR 2,57 Mio. vergeben.

Beteiligungen

Infolge von Umstrukturierungen kam es zu Veränderungen bei den Beteiligungsverhältnissen. Die Stadt Wien hält nunmehr Mehrheitsanteile an der Wiener Holding GmbH (99,99 %) sowie an den Entsorgungsbetrieben Simmering GmbH (EbS, 100 %).

Wirtschaftsförderung

In Fortführung der bereits länger bestehenden Förderungsaktionen wurden z. B. 440 Kreditanträge

für die **Gemeinsame Kreditaktion** verzeichnet, wovon 421 Anträge positiv erledigt werden konnten. Bedingt durch das verstärkte Engagement des Bundes und der Wiener Wirtschaftskammer sowie im Hinblick auf die Vielzahl der Anträge wurde der finanzielle Beitrag der Stadt Wien mit Gemeinderatsbeschluss vom 24. Januar 2001 wieder mit EUR 1.090.092,51 festgesetzt. Im Rahmen der Aktion zur Niederlassung von praktischen Ärzten in Wien kam es zu 10 Kreditneuvergaben mit einem Gesamtkreditvolumen von EUR 218.010,07.

Auch hinsichtlich jener Förderungsaktionen, die im Interesse einer Zentralisierung des Förderungswesens beim Wiener Wirtschaftsförderungsfonds beantragt und geprüft werden, ist neuerlich eine steigende Inanspruchnahme im Jahr 2001 festzustellen. Um den starken Überhang an Wirtschaftsförderungsanträgen bewältigen zu können, wurde vom Wiener Gemeinderat mit Beschluss vom 14. Dezember 2001 eine Sonderdotation in Höhe von EUR 15.988.023,52 genehmigt.

Im Rahmen der **Wiener Strukturverbesserungsaktion** (ehemals „Wiener Struktur- und Umweltverbesserungsaktion“ - STUVA) wurden im Jahr 2001 34 Zuschüsse in Höhe von insgesamt EUR 6.534.877,36 gewährt. Bei der mit Gemeinderatsbeschluss vom 21. September 2001 eingestellten Förderungsaktion **C-Tech- und Telematik** wurden 148 Zuschüsse in Höhe von insgesamt EUR 4.880.713,94 vergeben. In der **Aktion zur Nahversorgungsförderung** konnten 593 Fälle mit einem Volumen von EUR 4.270.152,47 positiv erledigt werden. Im Rahmen der **Wiener Unternehmensgründungsaktion** welche mit Gemeinderatsbeschluss vom 21. September 2001 eingestellt wurde, wurden im Jahr 2001 464 Anträge positiv erledigt, welche ein Fördervolumen von EUR 3.946.666,93 auslösten. Um JungunternehmerInnen weiterhin die Gründung eines Unternehmens zu erleichtern, beschloss der Wiener Gemeinderat in seiner Sitzung vom 14. Dezember 2001 eine Förderkooperation mit der BÜRGERFörderbank.

Mit Beschluss des Wiener Gemeinderats vom 3. Mai 1999, Pr.Z. 88/99-GFW, wurde die Adaptierung der Führungsrichtlinien der **U-Bahn-Hilfsaktion** zur Unterstützung von, durch den U-Bahnbau in ihrer Existenz bedrohten, Handels- und Gewerbetreibenden genehmigt. Im Jahr 2001 wurde 1 Betrieb mit einem Betrag von EUR 24.613,73 gefördert.

Die Aktion **„Trans Koop Wien – Aktion zur Förderung von Wissenschaftstransfer und Kooperationen“** hatte mit 12 positiven Anträgen – bei einem Fördervolumen von EUR 912.880,02 – einen derart positiven Effekt auf die Wiener Wirtschaft, dass mit Beschluss des Wiener Gemeinderats vom 21. September 2001 eine Laufzeitverlängerung um ein weiteres Jahr beschlossen wurde.

Betriebliche Umweltförderung

Bei der mit Gemeinderatsbeschluss vom 21. September 2001 eingestellten Förderungsaktion zur Vorsorge des betrieblichen Umweltschutzes wurden im Rahmen des **ÖkoBusinessplan Wien** im Jahr 2001 34

Förderungsanträge in der Höhe von EUR 937.398,68 anerkannt. Die Fragen der Ökologie sollen nun verstärkt über ein Beratungspaket für Unternehmen einerseits und die Integration einer ökologischen Bewertung von Förderprojekten in neuen Förderrichtlinien andererseits gefördert werden.

Da **Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten** für die Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Wiener Wirtschaft auch weiterhin von größter Bedeutung sind, wurde für die mit Gemeinderatsbeschluss vom 21. September 2001 eingestellte „Wiener Innovations- und Technologieförderungsaktion“ ein Mix aus monetären und nichtmonetären Maßnahmen für das Jahr 2002 vom Wiener Gemeinderat beschlossen. Für laufende Projekte innerhalb der „Wiener Innovations- und Technologieförderungsaktion“, bei der im Jahr 2001 79 Fälle mit einem Gesamtbetrag von EUR 14.228.759,55 positiv erledigt wurden, bleiben die bestehenden Richtlinien aufrecht. Auf die einzelnen Projektphasen entfielen 2001 folgende Beträge:

Projektphasen	EUR
Forschung und Entwicklung	13.694.904,91
Wirtschaftliche Umsetzung	533.854,64

Mit der im Jahr 1999 neu geschaffenen Aktion **„Gewerbehofinitiative zur Abgeltung von Betreiberleistungen“** wird Betriebsschließungen bzw. -abwanderungen aus dem Wiener Stadtgebiet ins Umland entgegengewirkt. 2001 wurden zwei Gewerbehöfe mit einem Volumen von EUR 51.118,07 positiv genehmigt.

Um die Nahversorgungsfunktion der gewachsenen innerstädtischen Einkaufsstrassen weiterhin zu erhalten und zu verbessern, wurden im Jahr 2001 wieder EUR 1.090.092,51 für die **Wiener Geschäftsstraßenförderungsaktion** und EUR 545.046,26 für den Sonderprojektraum für Geschäftsstraßenaktivitäten aufgebracht.

Neben den genannten Förderaktionen erfolgten immer wieder spezielle bedarfsorientierte Maßnahmen der Wirtschafts- bzw. Technologieförderung.

Gemeinschaftliche Strukturmaßnahmen am Fischereisektor

Bei dieser Förderungsmaßnahme handelt es sich um eine gemeinsame Maßnahme der Europäischen Gemeinschaft, des Bundes und des jeweiligen Bundeslandes zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung von Erzeugnissen am Fischereisektor. Im Rahmen dieser Maßnahme wurde über Beschluss der Wiener Landesregierung ein Betrieb aus dem Bereich Rauch- und Frischfischvertrieb gefördert. Das Förderungsvolumen belief sich auf insgesamt EUR 42.330 wobei die Anteile des Landes EUR 14.820, des Bundes EUR 17.360 und der Europäischen Gemeinschaft EUR 10.160 betragen.

Zinsfreie Darlehen (zur Wirtschaftsförderung bzw. für soziale Zwecke)

Mit Beschluss vom 27. Juni 2001, Pr. Z. 53/01-GFW, genehmigte der Wiener Gemeinderat die Gewährung

eines zinsfreien Darlehens in Höhe von EUR 9.084.104,27 durch die Stadt Wien an den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zur Finanzierung einer Betriebsliegenschaft.

Die Gewährung eines zinsfreien Darlehens in Höhe von EUR 937.479,56 durch die Stadt Wien an das Kuratorium Fortuna zur Finanzierung der Einrichtung eines Seniorenheims wurde mit Gemeinderatsbeschluss vom 14. Dezember 2001, Pr. Z. 125/01-GFW genehmigt.

Zinsfreie Kanaldarlehen

Im Rahmen dieser - im gesundheits-, umwelt- und sozialpolitischen Interesse gelegenen - Aktion kann die Stadt Wien zinsfreie Darlehen für die Dauer von 5 Jahren gegen Grundbücherliche Sicherstellung für den Anschluss bereits bestehender Eigenheime an das öffentliche Kanalnetz gewähren. Im Rahmen dieser Aktion wurden im Rechnungsjahr 2001 insgesamt EUR 29.185,11 zugezählt.

Ersatzvornahmen

Im Rahmen der finanziellen Abwicklung der Ersatzvornahmen wurden im Rechnungsjahr 2001 insgesamt EUR 94.373,92 zur Begleichung von Rechnungen an diverse Firmen ausbezahlt und der Rückersatz den Verpflichteten vorgeschrieben und zur Gebühr gestellt. EUR 103.190,97 konnten auf der Einnahmeseite als einlangende Rückzahlungen verzeichnet werden.

Im Dezember 2000 ergab sich ein Saldo an noch ausstehenden Ersatzvornahmekosten von EUR 393.431,10. Nach Hinzurechnung der Ausgaben und Abzug der Einnahmen für 2001 ergibt sich ein neuer Saldo in der Höhe von EUR 384.614,04.

Rechnungsamt (MA 6)

Die 6^{er} entwickelt sich weiter

Das Verwaltungsjahr 2001 war durch die größte Umstellung des Rechnungswesens seit Erlassung des Umsatzsteuergesetzes 1972 (UstG 1972) und der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung (VRV) im Jahr 1980 geprägt. Die Umstellung umfasste:

- die Euro-Umstellung
- die Dezentralisierung der Finanzverantwortung an die Geschäftsgruppen
- die Nettoveranschlagung
- die Entwicklung erster eGovernment-Anwendungen („Bürger ans Netz“)
- Maßnahmen zur Hebung der Kundenzufriedenheit
- eine Verbesserung des Geschäftspartnerservices
- die Verbesserung des Intranet-Berichtswesens sowie
- Effizienz- und Effektivitätssteigerung

Die Schwerpunkte im Jahr 2001

Euro-Umstellung

Die Währungsumstellung von Schilling auf Euro erforderte sowohl programmtechnisch als auch orga-

nisatorisch eine Vielzahl von Maßnahmen. Die von unserer Abteilung wahrgenommen Euro-Aktivitäten umfassten im Wesentlichen folgende Themenkreise:

- Zahlungsverkehr bar und unbar
- Rechnungslegung eingehend und ausgehend
- Buchführung und alles, was dazugehört
- Organisatorisches zum Rechnungswesen
- Sammlung interessanter und aktueller Neuigkeiten rund um das Thema Euro im Intranet
- Realisierung des Projektes eLearning über das Intranet der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit der MD-VA
- umfassende Informationen im Internet mit Links und gegenseitigen Verweisen zur MA 55 und MA 53.

Obwohl das Verwaltungsjahr 2001 zur Gänze in Schilling abgewickelt wurde, erfolgte bis zum Jahresende in den Datenbanken zur Speicherung aller Schillingbeträge eine Speicherung aller Beträge auch in Euro. Diese Vorgangsweise bleibt jedenfalls bis zum Ende der dualen Phase aufrecht. Sehr aufwendig gestaltete sich die Realisierung der doppelten Preisauszeichnung. In allen Fakturierungsprogrammen und Aussendungen zu privatwirtschaftlichen Bereichen mussten sogar die Einzelpositionen zeilenweise doppelt dargestellt werden.

Die Umstellung der Abgaben- beziehungsweise Strafenverrechnung von Schilling auf Euro erfolgte im Wesentlichen nach einem bereits 1997 präsentierten Konzept und umfasste die Bereiche:

- gesetzliche Voraussetzungen
- Buchungen
- Bemessungsdaten
- Auswertungen und Rückstandsbetreuung

Die Währungsumstellung verlangte jedoch nicht nur den Einsatz erheblicher geistiger Ressourcen, sondern auch einige Muskelkraft. Um die 478 Kassenstellen des Magistrats, davon 329 Verlage und 149 Betriebskassen, mit dem im Vorfeld erhobenen Bargeldbedarf versorgen zu können, musste die Stadthauptkasse die Logistik für 61.300 Rollen Hartgeld im Gesamtgewicht von 11,2 Tonnen und 115 Banknotenbündel - insgesamt wurden 952.000 Euro als Erstdotation in Umlauf gebracht - organisieren und die neuen Münzen und Banknoten bis zum Ausgabezeitpunkt sicher verwahren.

Verantwortungsübertragung für Finanzen

Im Zuge der umfassenden Verwaltungsreform erfolgt eine weit gehende Übertragung der Ressourcenverantwortung an die einzelnen Geschäftsgruppen hinsichtlich der Aufteilung der Mittel zum Voranschlag sowie hinsichtlich des Vollzugs erstmalig ab 2002. Zu diesem Zweck mussten die bisherigen Sammelansätze Magistrat und Allgemeiner Sachaufwand auf neue Sammelansätze je Geschäftsgruppe und einen Sammelansatz für die Magistratsdirektion aufgeteilt und zur Verwaltung der Sammelansätze ein neues und effizientes System erarbeitet werden. Die Übertragung der Verantwortung für die Finanzen der Sammelansätze erfordert ein aktuelles und zweckmäßiges Berichtswesen. Unser Finanzinformationssystem bietet daher im Intranet:

- monatliche Controlling-Reports auf Ansatzebene mit drill-down-Möglichkeit

- monatliche Betriebsabrechnungsbögen auf Kostenstellenebene
- tagesaktuelle Haushaltskontenabfrage mit auswählbaren Vergleichsdaten, Hochrechnung und Prognose.

Zugangsberechtigungen können über unsere Zentralbuchhaltung erteilt werden.

Neufassung der Haushaltsordnung

In Zusammenarbeit mit der MA 5 wurde eine neue Haushaltsordnung (HO 2001) zur Neuregelung im Sinne des Weges der Verwaltungsmodernisierung erarbeitet und mit Wirksamkeit 1. Mai 2001 erlassen. Die für ein einheitliches Rechnungswesen maßgebenden Bestimmungen der Vorschrift zur Sicherung der ordnungsgemäßen Buchführung für den Magistrat der Stadt Wien, die Buchführungsvorschrift (BV), wurde im Zuge der Neufassung in die HO 2001 integriert. MA 6-interne Regelungen wurden in die „Interne Dokumentation der Abläufe und Werkzeuge des Rechnungswesens“ (IDA) übernommen und sind aktuell über das Intranet der Stadt Wien unter der Adresse http://www.intern.magwien.gv.at/ma06/doku_werkz/ida.htm verfügbar.

Netto-Veranschlagung

Die Bruttoverrechnung der Umsatzsteuer auf den Ansätzen des Unternehmerbereichs der Stadt Wien erfolgte bisher voranschlagswirksam und aufkommensneutral. Bei der künftigen Nettoverrechnung ab 2002 wird die Umsatzsteuer nicht mehr voranschlagswirksam dargestellt. Es ist bereits bei der Bedeckung eine Unterscheidung zwischen Unternehmer- und Hoheitsbereich erforderlich. Die Abrechnung mit dem Finanzamt für Körperschaften erfolgt ansatzweise voranschlagsunwirksam.

Die Erstellung des Voranschlags der Stadt Wien, erstmalig in Euro, wurde zum Anlass genommen, die Erfassung der Voranschlagsbeträge elektronisch zu ermöglichen. Die Gliederung erfolgte entsprechend der VRV ansatzweise beziehungsweise sachlich. Die Vergleichswerte der Vorjahre wurden gleichfalls in Euro umgerechnet.

eGovernment

Der steigende Wunsch der Bürger **Behördenwege über das Internet** zu erledigen, erfordert verstärkte Bemühungen zur Schaffung entsprechender Anwendungen. Das Rechnungswesen hat mit dem Parkpickerl über Internet und der Hundeanmeldung eine der ersten eGovernment-Anwendungen realisiert. Mit dem **billing-counting-system „bezahlen.at“** wurde für die Kindertagesheime eine Anwendung geschaffen, die Rechnungsvorlage an den Bürger über das Internet zu ermöglichen und per einfachem Mausklick zu zahlen. Erste eShop-Erfahrungen beim Verkauf der Grafikkarte geben große Hoffnung zur weiteren Verbreitungsmöglichkeit dieses Werkzeuges.

Der bargeldlose Zahlungsverkehr schreitet voran

Insbesondere unter dem Aspekt der Währungsstellung wurde im Jahr 2001 die Ausweitung des bar-

geldlosen Zahlungsverkehrs intensiviert, um in verschiedenen Bereichen den BürgerInnen Zahlungen an die Stadt Wien zu erleichtern. Seit 22. August 2001 bietet die MA 6 bei allen ihren Kassenstellen die Möglichkeit, alle Forderungen der Stadt Wien auch mit Kreditkarte zu bezahlen. Neben der Bankomatfunktion stehen nunmehr Visa, Master/EuroCard, Diners Club und JBC zur Verfügung.

Geschäftspartnerservice

Mit der elektronischen Rechnungslegung haben Geschäftspartner nunmehr die Möglichkeit:

- schon die Bestellung elektronisch oder per Fax zu erhalten
- das Rechnungsformular aus dem Internet herunterzuladen, auszufüllen und elektronisch einzureichen oder
- über den XML-Standard über eine bidirektionale eCommerce-Schnittstelle die kaufmännischen Daten, beginnend bei der Ausschreibung über Bestellung, Lieferbestätigung, Fakturierung bis zur Zahlung, voll elektronisch abzuwickeln.

Dieser moderne Standard ermöglicht die vollautomatische Weiterverarbeitung im jeweiligen Inhouseformat sowohl beim Auftraggeber als auch beim Auftragnehmer.

Kontrakte als Grundlage effizienter Verwaltungstätigkeit

Im Sinne von New Public Management 2002 wurde begonnen mit allen Magistratsabteilungen Dienstleistungsvereinbarungen abzuschließen. Erwähnenswert ist der Abschluss eines Kontraktes mit dem Wiener Krankenanstaltenverbund, der die Beschäftigung von 202 Mitarbeitern unserer Abteilung gewährleistet. Für die Weiterverrechnung der gestaltbaren Leistungen wurden für das Rechnungsjahr 2002 bereits Vergütungsanzeigen, also die betragsmäßige Fixierung des geplanten Leistungsaustausches in Einnahme und Ausgabe, ausgetauscht.

Qualität verlangt nach ständiger Verbesserung

Wir sind nicht nur daran interessiert unsere Qualität zu halten, sondern auch stets bemüht, diese zu verbessern. Im Bereich des Qualitätsmanagements wurde deshalb mit Hilfe eines leihweise zur Verfügung gestellten EDV-Werkzeugs eine Balanced Scorecard entworfen, die die Visualisierung eines Kontraktes zwischen der MA 6 und dem Magistratsdirektor ermöglichen soll. Periodisch durchgeführte Mitarbeiterbefragungen, aber auch Befragungen unserer Kunden, sollen jene Informationen liefern, die es ermöglichen, bestehende Qualität zu sichern bzw. Verbesserungen anzusteuern.

Schwerpunkte im EDV-Bereich

Für die Programmiergruppe der Zentralbuchhaltung stand das Jahr 2001 schwerpunktmäßig im Zeichen der bevorstehenden Währungsumstellung. Dennoch konnte eine Reihe weiterer Projekte umgesetzt werden:

- XML, eXtensible Markup Language, wurde als neue Datenschnittstelle zu unseren Partnern in

der Wirtschaft und im öffentlichen Bereich eingesetzt. Genutzt wird dieses Datenformat bereits von der Genossenschaft der Wiener Rauchfangkehrermeister, der Fernwärme Wien sowie im Bereich der Grundbesitz-, Wasser- und Abwasserabgaben.

- „bezahlen.at“ wurde für die Verrechnung der Kindertagesheime implementiert.
- Als elektronische Unterstützung wurde das EDV-Programm KESCH (Kassenerfassungssystem mit chronologischer Journalführung) durch das Programmpaket eKESCH abgelöst. Es findet nicht nur in den Abteilungen der MA 6, sondern auch in vielen weiteren Magistratsdienststellen Anwendung, da es vor allem in der dualen Phase der Euro-Einführung durch die automatische Umrechnung die Tätigkeit der Kassierer und Verlagsführer erleichtert.
- Die elektronische Übertragung der Beitragsnachweisungen für alle „freien Dienstverträge“ an die entsprechenden Gebietskrankenkassen konnte realisiert werden.
- Die Änderung der Verrechnung von Pflegeentgelten in städtischen Pflegeheimen, bedingt durch die Abtretung der Agenden vom Wiener Krankenanstaltenverbund an die MA 47, erforderte umfangreiche Vorbereitungsmaßnahmen.
- Die Implementierung von EVA (Einnahmegebarung mit Vorschreibungs- und Abstattungsautomatik) in vielen Bereichen der Einnahmenverrechnung sowie der erweiterte Einsatz von SAP (Systeme-Anwendungen-Programme) im Ausgabenbereich bedurften der laufenden Anpassung von EDV-Programmen sowie einer intensiven Benutzerbetreuung.

Die Schwerpunkte unserer Zielsetzungen im kommenden Verwaltungsjahr:

- Verbesserungen und Erweiterungen des Programmpaketes EVA (Einnahmegebarung mit Vorschreibungs- und Abstattungsautomatik)
- Ausweitung der elektronischen Kommunikation in den Zahlungswegen für BürgerInnen und Geschäftspartner
- Fortsetzung der Aufgabenkonzentration in den „neuen Buchhaltungen“ hinsichtlich der Abgabenverrechnung
- Aufbau einer „Kassenleitstelle“ für die Organisation und Betreuung der Stadtkassen
- Fortsetzung der eGovernment-Anstrengungen des Rechnungswesens
- Ausbau des Intranet-Berichtswesens insbesondere in betrieblichen und kaufmännischen Bereichen.

Wirtschafts- und Technologieentwicklung (MA 26)

Arbeitsmarkt- und Konjunkturbeobachtung

Im Jahr 2001 wurde von der MA 26 ein regelmäßig aktualisierter Bericht über die wichtigsten Kennzahlen der Wiener Wirtschaft und des Wiener Arbeitsmarktes eingeführt. Zudem wurden monatliche Kurzanalysen der Arbeitsmarktdaten erstellt. Gemeinsam mit der Wirtschaftskammer Wien wurden die vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung verfassten, halbjährlichen Konjunkturberichte beauftragt und betreut. Weitere Themen zur Entwick-

lung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, z. B. „Einkommensentwicklung in Wien“ und „Aspekte der geringfügigen Beschäftigung“, wurden wissenschaftlich aufbereitet.

Beobachtung der EU-Politiken

Die regelmäßige Analyse der Berichte und Mitteilungen der Europäischen Kommission (EK) bildet eine Voraussetzung für die Tätigkeit der MA 26. Für das Jahr 2001 sind hier insbesondere der Bericht der EK an den Rat über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2001, die Mitteilungen der EK über den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die „Daseinsvorsorge“ sowie die beschäftigungspolitischen Leitlinien der EK zu erwähnen.

EU-Erweiterung und Internationales

Die Frage der EU-Erweiterung stellte wegen ihrer strategischen Bedeutung für Wien einen besonderen Schwerpunkt in der Arbeit der MA 26 dar. 2001 wurden die Ergebnisse der PREPARITY-Studie, die sich mit den Auswirkungen der EU-Erweiterung auf Wien und andere Bundesländer beschäftigt, aufbereitet und im Rahmen einer großen internationalen Veranstaltung im Rathaus präsentiert. Wegen der besonderen Bedeutung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der Dienstleistungsfreiheit für Wien wirkte die MA 26 an der Formulierung der Wiener Haltung in diesen Fragen mit.

Wie in den Vorjahren vertrat die MA 26 Wien im Wirtschaftskomitee von Eurocities und im Arbeitskreis „Wirtschaft und Tourismus“ der ARGE Donauländer.

Fachhochschulen

Wegen der großen Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Wien war die Betreuung des Bereichs Fachhochschulen ein wichtiges Tätigkeitsfeld für die MA 26. Es umfasste die Abwicklung der Fachhochschul-Förderung, die Vorbereitungen für die Schaffung der „Qualifizierungsplattform Wien“ und für das „Positionspapier über die Weiterentwicklung des Fachhochschulstandorts Wien“ in enger Zusammenarbeit mit WWFF, WAFF und den Fachhochschulträgern sowie die laufenden Kontakte und den Erfahrungsaustausch mit dem Fachhochschulrat, dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und den anderen Bundesländern.

Wirtschaftsförderung

Im Auftrag der MA 26 erstellte das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) im abgelaufenen Jahr eine Studie zur „Neuorientierung der Wiener Innovationsförderung“. Darauf aufbauend sowie in enger Kooperation mit dem Wiener Wirtschaftsförderungsfonds und der Wirtschaftskammer Wien legte die MA 26 Mitte 2001 den „Vorschlag für eine strategische Neuausrichtung der Wiener Wirtschaftsförderung“ vor. Ziele der vorgeschlagenen Maßnahmen sind vor allem die Stärkung des Technologiestandorts Wien, die vermehrte Gründung von

Unternehmen, die verstärkte Internationalisierung der Wiener Wirtschaft sowie die Stadtentwicklung. Gleichzeitig sollten die Richtlinien vereinfacht und besser mit den Bundesförderungen abgestimmt sowie eine Verlagerung von direkten zu indirekten Förderungen vorgenommen werden. Die Förderprogramme des WWFF, die vom Gemeinderat im Dezember 2001 beschlossen wurden, berücksichtigen die Empfehlungen der MA 26.

Technologie - Innovation - Netzwerke - Clusterbildung.

Mit der von der MA 26 beauftragten WIFO-Studie „Neuorientierung der Wiener Innovationsförderung“ und den darauf aufbauenden Empfehlungen der MA 26 konnten wesentliche Anregungen für die Förderung und Weiterentwicklung des Technologiestandorts Wien gegeben werden. Eine dieser Anregungen betrifft das Thema Kreativwirtschaft (Creative Industries). In enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft wurden von der MA 26 Recherchen über das wirtschaftliche Potenzial eines Clusters im Bereich Kunst, Kultur und Unterhaltung durchgeführt. Bei den bereits operativen Clustern, dem Life Science Industries Cluster und vor allem dem im Jahre 2001 neu geschaffenen Automotive Cluster Vienna Region (ACRV) konzentrierten sich die Aktivitäten der MA 26 auf die Unterstützung und Begleitung des Clustermanagements. Weiters betreute die MA 26 den Aufbau von Kooperationen mit ähnlichen Clusterinitiativen in Oberösterreich und der Steiermark und nahm auch an diversen Veranstaltungen zum Themenbereich der Cluster teil. Wertvolle Anregungen konnten im Bereich Technologie und Innovation durch die Teilnahme an den Technologie- und Wirtschaftsgesprächen des Forums Alpbach gewonnen werden.

Energie

Das Jahr 2001 war im Bereich Energie von der mit 1. Oktober 2001 eingetretenen Voll liberalisierung der Elektrizitätswirtschaft geprägt. Der Bund hat im

Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz (ElWOG) 2000 den Ländern zahlreiche Ausführungsbestimmungen überlassen, die im Wiener Elektrizitätswirtschaftsgesetz (WEIWOG) 2001 und den dazu erlassenen Verordnungen ausgeführt wurden. Die MA 26 hatte wesentlichen Anteil an den Vorbereitungen zum WEIWOG 2001 und den dazugehörigen Verordnungen, die die Kraft-Wärme-Kopplungs-, Kleinwasserkraft- und Ökostromanlagen betreffen. Diese Arbeiten wurden unter Berücksichtigung der Vorgaben des Wiener Energiekonzepts mit den betroffenen Geschäftsgruppen des Magistrats akkordiert und mit den Wiener Stadtwerken koordiniert. Damit einhergehend hat die MA 26 die Vertretung des Landes Wien im Elektrizitätsbeirat und in der Energieverwertungsagentur übernommen sowie an den Verhandlungen zu den Bundesgesetzen teilgenommen. Im abgelaufenen Jahr hat die MA 26 auch an der Arbeitsgruppe für die Umsetzung eines Biomassekraftwerks in Wien mitgewirkt und die Klimaschutzkoordinationsstelle in den Bereichen Energiewirtschaft und Energiepolitik fachlich unterstützt.

Verkehr

Unter Mitwirkung der MA 26 konnte die Genehmigung des Projekts RUMBA (Richtlinien für eine umweltgerechte Baustellenabwicklung) durch den Wiener Gemeinderat und die EU erreicht werden. Für die Abwicklung ist nun die MD-BD-Projektleitstelle verantwortlich. Einen wesentlichen Teil der Arbeit im Verkehrsbereich stellte die Mitarbeit an konkreten Projekten dar, wie dem Verkehrsmanagementsystem für Wien (VEMA) sowie dem Masterplan Verkehr (MPV). Weiters beschäftigte sich die MA 26 im Rahmen eines Arbeitskreises umfassend mit dem Thema Mobilitätsmanagement – Bewusstseinsbildung im Verkehr (Marketing der Verkehrsunternehmen, betriebliches Mobilitätsmanagement).

EU-Förderungen (MA 27)

Das Berichtsjahr 2001 war geprägt von der Vorbereitung der EU-Förderprogramme für die Förderperiode 2000 – 2006. Es werden daher ausschließlich die damit in Zusammenhang stehenden Aktivitäten der MA 27 beschrieben.

Bericht über die von der europäischen Kommission genehmigten Programme der Förderperiode 2000 – 2006

Für die Förderperiode 2000 – 2006 hat sich dem Land Wien im Rahmen der neuen Richtlinien der Europäischen Kommission die Möglichkeit geboten, die Teilnahme an verschiedenen Förderprogrammen anzustreben. Die diesbezüglichen Vorbereitungsarbeiten und Verhandlungen mit der EU und den österreichischen Ländern und Bundesdienststellen wurden bereits 1998 begonnen und haben einen teilweise äußerst schwierigen Verlauf genommen. So waren beispielsweise im Sommer 1999 vier Treffen der Landeshauptmänner und ihrer Experten notwendig, um eine Mittelaufteilung für die Ziel 2-Gebiete der Bundesländer zu vereinbaren. Dies hat in der Folge zu einer Abgrenzung von Teilen des 2. und 20. Bezirks als Wiener Ziel 2-Gebiet geführt.



Ansprache von Finanz- und Wirtschaftsstadtrat Dr. Rieder anlässlich der Spatenstichfeier für einen weiteren Ausbau des Vienna Bio-Centers in Wien Erdberg.

Auch mit der Europäischen Kommission musste im Jahr 2001 eine mehrmonatige fachliche Auseinandersetzung um die **Anerkennung Wiens als Grenzregion** geführt werden, um damit die **volle Förderfähigkeit** in den INTERREG IIIA-Programmen mit Ungarn, der Slowakei und Tschechien zu erreichen. Auch die Einigung mit Italien, Deutschland und Griechenland über die Verwaltung des neuen INTERREG IIIB/CADSES-Programms (CADSES = Central Adriatic Danubian Southeastern European Space) konnte erst zum letztmöglichen Zeitpunkt Ende 2001 erzielt werden. Schließlich wurden aber doch alle Hindernisse rechtzeitig überwunden, so dass mit 31. Dezember 2001 alle von der MA 27 für das Land Wien bei der Europäischen Kommission eingereichten und verhandelten Programme genehmigt wurden.

Als bemerkenswert darf angefügt werden, dass aufgrund der hoch eingeschätzten Leistung des Landes Wien in der abgelaufenen Förderperiode die Europäische Kommission die MA 27 eingeladen hat, sich als Verwaltungsbehörde für INTERREG IIIC-Zone East zu bewerben. Auch dieses gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt sowie Deutschland, Italien und Griechenland vorbereitete und im Herbst 2001 von der MA 27 eingereichte Programm wurde von der Europäischen Kommission inzwischen genehmigt und bedeutet das Management der interregionalen Zusammenarbeit im östlichen Quadranten Europas einschließlich der mittel- und südosteuropäischen Staaten durch das Land Wien.

Nachstehend werden die EU-Programme des Landes Wien für die Förderperiode 2000 – 2006 hinsichtlich ihrer wichtigsten Merkmale dargestellt. Dabei werden alle Programme berücksichtigt, die von der MA 27 federführend bei der Europäischen Kommission eingereicht und verhandelt wurden. Für diese Programme stellt die MA 27 entweder die Verwaltungsbehörde (Ziel 2 - Wien, URBAN II, INKUBA, INTERREG IIIC-Zone East) oder die Wiener Landesförderstelle (INTERREG IIIA mit Ungarn, der Slowakei und Tschechien) bzw. ein Projektsekretariat (INTERREG IIIB-CADSES) und ist damit auch für die Projektauswahl und das Programmmanagement zuständig.

Das der Stadt Wien mittelbar zugute kommende Ziel 3-Programm zur Förderung von Maßnahmen am Arbeitsmarkt sowie die dazu unterstützende Gemeinschaftsinitiative EQUAL werden vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit koordiniert und daher in diesem Bericht nicht weiter behandelt.

Der Vollständigkeit halber sei noch darauf hingewiesen, dass sich die Dienststellen der Stadt Wien auf Projektebene natürlich auch an anderen Programmen beteiligen können, die entweder von der Europäischen Kommission selbst (Rahmen- und Aktionsprogramme) oder von anderen Verwaltungsbehörden (z. B. die Salzburger Landesregierung für das Alpenraumprogramm) abgewickelt werden.

Ziel 2 – Wien

Programminhalt

Bei Ziel 2 – Wien handelt es sich um ein städtisches Fördergebiet in Teilen des 2. und 20. Bezirkes mit

ca. 60.000 Einwohnern und im Wiener Vergleich unterdurchschnittlichen Werten hinsichtlich Bildung, Einkommen und Wohnungsgröße und über dem Schnitt liegenden Daten betreffend Ausländeranteil und Arbeitslosenquote. Die zur Verbesserung dieser Situation vorgesehenen Maßnahmen betreffen die Entwicklung der lokalen Stadtstruktur, die Schaffung neuer Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Unternehmen sowie eine aktive Arbeitsmarktpolitik und Initiativen gegen Ausgrenzung und für Chancengleichheit im Erwerbsleben.

Kosten und Gemeinschaftsbeteiligung

Die genehmigten Gesamtkosten des Programms betragen rund EUR 47,5 Mio., wovon die EU aus dem EFRE (Europäischer Regionalfonds) rund EUR 13,4 Mio. und aus dem ESF (Europäischer Sozialfonds) ca. EUR 4,7 Mio. kofinanziert und auf nationaler Ebene von der Stadt Wien und dem Bund rund EUR 20,3 Mio. aufzubringen sind. An privaten Ausgaben sind weitere EUR 9,1 Mio. geplant.

Programmumsetzung

Die Genehmigung des Einheitlichen Programmplanungsdokuments (EPPD) durch die Europäische Kommission erfolgte am 13. Juli 2001 und die Programmumsetzung hat mit dem ersten Begleitausschuss am 26. September 2001 begonnen. Die Aufgaben der Verwaltungsbehörde werden für Ziel 2 - Wien von der MA 27 wahrgenommen, die zur Programmbegleitung und Projektauswahl einen Beirat eingerichtet hat, der hauptsächlich aus Vertretern der beteiligten Fachabteilungen des Wiener Magistrats und der Bundesdienststellen sowie den großen Wiener Fonds besteht. Dieser Beirat hat bereits dreimal getagt und die ersten Projekte haben schon begonnen. Die Laufzeit des Programms geht über die gesamte Förderperiode 2000 – 2006, was bedeutet, dass Projekte spätestens Mitte 2008 abgeschlossen werden müssen.

URBAN II – Wien Erdberg

Programminhalt

Ähnlich wie bei Ziel 2 handelt es sich bei der Gemeinschaftsinitiative URBAN II um eine Intervention der EU zur wirtschaftlichen und sozialen Strukturverbesserung in benachteiligten städtischen Gebieten. Im Falle Österreichs wurden von der Europäischen Kommission EUR 8,4 Mio. zur Verfügung gestellt, die als Ergebnis eines nationalen Entscheidungsprozesses auf Wien* und Graz aufgeteilt wurden. Das Wiener URBAN II-Gebiet liegt in Teilen des 3. und 11. Bezirkes und umfasst knapp 23.000 Einwohner auf einer Fläche von etwa 160 Hektar. Die Schwächen des Gebiets liegen ähnlich wie im Ziel 2-Gebiet in der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit, einem hohen Ausländeranteil, einem niedrigen Bildungs- sowie einem hohen Armutsniveau. Ein besonderes Signum des Gebietes sind die Industriebrachen des ehemaligen Schlachthofes St. Marx und das besonders schlechte Image. Der Maßnahmenplan zur Umsetzung der Programmstrategien sieht Initiativen zur Entwicklung der Wirtschaft, zur Einrichtung eines Stadtteilmanagements, Maßnahmen

zur Stärkung der Chancengleichheit benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie zur Umgestaltung des öffentlichen Raumes vor.



Der Vizebürgermeister und Stadtrat für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke Dr. Sepp Rieder sowie EU-Kommissar für Regionalpolitik Michel Barnier unterzeichneten den Vertrag „URBAN II“, in dessen Rahmen Infrastrukturmaßnahmen in Teilen von Erdberg und Simmering aus EU-Fördermitteln umgesetzt werden sollen.

Kosten und Gemeinschaftsbeteiligung

Die genehmigten Gesamtkosten von URBAN II liegen bei rund EUR 15,9 Mio., wovon die EU aus dem EFRE EUR 4,2 Mio. und die Stadt Wien EUR 10,3 Mio. beisteuert. Aus privater Hand sind EUR 1,4 Mio. geplant.

Programmumsetzung

Die Genehmigung durch die Europäische Kommission erfolgte am 16. November 2001 und derzeit ist die Ergänzung zur Programmplanung in Arbeit, die den wichtigsten Tagesordnungspunkt des ersten Begleitausschusses darstellt, der für 12. Februar 2002 angesetzt wurde. Die MA 27 ist auch für dieses Programm die Verwaltungsbehörde und hat einen URBAN II-Beirat eingerichtet, der ähnlich aufgebaut ist wie in Ziel 2 und am 29. Jänner 2002 seine konstituierende Sitzung hat. Die Laufzeit ist auch hier die gesamte Förderperiode.

INKUBA – Regionalprogramm mit innovativen Maßnahmen

Programminhalt

Die Europäische Kommission hat rund 0,5 % der Strukturfondsmittel (EUR 1 Mrd.) für die Kofinanzierung innovativer Maßnahmen reserviert, die zur Unterstützung neuartiger und experimenteller Projekte vorgesehen sind. In Wien hat die MA 27 ein vom WWFF ausgearbeitetes Programm unter der Bezeichnung „INKUBA – Innovatives Kommunikationsnetz für Unternehmen, Business und Ausbildung“ eingereicht, das seinen Schwerpunkt im Biotechnologiebereich haben soll. Die wichtigsten Zielsetzungen liegen in der Steigerung der Unternehmens-

gründungen in der Biotechnologie durch Maßnahmen wie der Einrichtung eines effizienten Cluster-managements, Ausbildungsaktivitäten an Universitäten und Fachhochschulen, Aquisition von Forschungsprojekten, Bereitstellung von Seedkapital usw. Räumlich ist dieses Programm nicht an eine Förderkulisse gebunden und erstreckt sich daher auf ganz Wien.

Kosten und Gemeinschaftsbeteiligung

Die kalkulierten Gesamtkosten betragen rund EUR 6 Mio., wovon EUR 5,5 Mio. zuschussfähig sind und die EU aus dem EFRE EUR 2,7 Mio. (das sind 46 %) kofinanziert. Ebenfalls EUR 2,7 Mio. werden vom WWFF bzw. der Stadt Wien bereitgestellt.

Programmumsetzung

Die Genehmigung durch die Europäische Kommission erfolgte am 14. Dezember 2001 und schließt die Benennung der MA 27 als Verwaltungsbehörde mit ein. Derzeit ist die Vorbereitung der administrativen Umsetzung im Gange, die Verantwortung für die inhaltliche Abwicklung liegt beim ZIT (Zentrum für Innovation und Technologie GmbH) und wird in partnerschaftlicher Kooperation zwischen dem WWFF bzw. ZIT, dem WAFF und der MA 26 wahrgenommen werden. Die Laufzeit des Programms INKUBA geht von 1. Jänner 2002 – 31. Dezember 2003.

INTERREG IIIA mit Ungarn, Slowakei und Tschechien

Programminhalt

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA dient der bilateralen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten untereinander, aber auch mit den mittel- und südosteuropäischen Ländern. Sie ist das wichtigste Förderinstrument der EU zur Unterstützung des Erweiterungsprozesses in den Regionen an der Außengrenze und wurde deshalb für die Förderperiode 2000 – 2006 von der EU besonders hoch dotiert. Es wurden in österreich-internen Verhandlungen zwischen den Ländern von den insgesamt für alle drei INTERREG-Ausrichtungen zur Verfügung stehenden Fördermitteln von EUR 183 Mio., 77,6 % (das sind EUR 142 Mio.) für INTERREG IIIA, 16,4 % (das sind EUR 30 Mio.) für INTERREG IIIB und 6 % (das sind EUR 11 Mio.) für INTERREG IIIC gewidmet.

Inhaltlich ist es gelungen, die geplanten Maßnahmen in den drei Programmen mit Ungarn, der Slowakei und Tschechien gleich zu halten, so dass die Durchführung multilateraler Projekte erleichtert werden konnte. Es wurden in jedem Programm zwölf Maßnahmen programmiert, die sich auf fünf Prioritäten verteilen. Diese Prioritäten sind Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen, Verkehr, Logistik und Telekommunikation, Grenzüberschreitende Netzwerke und Kleinprojekte, Entwicklung des regionalen Arbeitsmarktes und der Humanressourcen sowie eine nachhaltige Raum- und Umweltentwicklung.

Die Förderkulisse erstreckt sich in einem Streifen von rund 100 km entlang der Außengrenze und schließt auf österreichischer Seite neben den Bun-

desländern Burgenland, Niederösterreich und Oberösterreich auch Wien als vollberechtigten Partner mit ein.

Kosten und Gemeinschaftsbeteiligung

Der Wiener Anteil an den österreichischen INTERREG IIIA Programmen wurde mit EUR 24 Mio. EFRE-Mitteln festgesetzt und verteilt sich folgendermaßen auf die drei Programme: Ungarn EUR 7 Mio., Slowakei EUR 11,5 Mio. und Tschechien EUR 5,5 Mio. Da in INTERREG IIIA ein Fördersatz von 50 % gilt, beträgt der nationale Finanzierungsanteil der Wiener INTERREG IIIA-Programme ebenfalls EUR 24 Mio.

Programmumsetzung

Die gemeinsamen Programmplanungsdokumente wurden von der Europäischen Kommission im September 2001 genehmigt. In der Folge wurden die Ergänzungen zur Programmplanung erstellt und in den ersten Begleitausschüssen von den Vertretern der Europäischen Kommission akzeptiert. Zur Durchführung der grenzüberschreitenden Projektkoordination wurden Lenkungsausschüsse eingerichtet, an denen auch die Partner aus den Nachbarstaaten teilnehmen und in denen die Projektauswahl erfolgt. Zusätzlich wurde zur Begleitung der Wiener INTERREG-Programme ein Beirat eingerichtet, der die Beurteilung von Wiener Projektanträgen vornimmt. Die Finanzmittel der ungarischen, slowakischen und tschechischen Projektteile sind mittels PHARE aufzubringen. Die Projektauswahl erfolgt in einem dreistufigen Verfahren, auf Bundesländerebene in Beiräten in den jeweiligen Landesförderstellen, die PHARE-Projekte werden in den PHARE-Behörden der Beitrittsländer ausgewählt und die endgültige Genehmigung der INTERREG IIIA-Projekte erfolgt in den gemeinsamen Lenkungsausschüssen. Die Verwaltungsbehörde für INTERREG IIIA ist das Bundeskanzleramt, das sich des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR) als Technisches Sekretariat bedient. Die Laufzeit erstreckt sich über die ganze Förderperiode.

INTERREG IIIB – CADSES

Programminhalt

INTERREG IIIB ist ein raumordnungsorientiertes Förderinstrument mit transnationaler Ausrichtung. Für Österreich wurden von der Europäischen Kommission zwei INTERREG IIIB-Programme genehmigt, nämlich das „Alpenraumprogramm“ und das für Wien besonders interessante CADSES-Programm (Central Adriatic Danubian Southeastern European Space). In CADSES arbeiten die vier Mitgliedstaaten Österreich, Deutschland, Italien und Griechenland mit insgesamt 14 mittel- und südosteuropäischen Ländern zusammen und bilden damit eine Förderkulisse mit etwa 220 Millionen Einwohnern. Die Strategie des Programms wurde in zahlreichen internationalen Meetings quer über Europa festgelegt und findet ihren Niederschlag in 14 Maßnahmen, die vier Prioritäten zugeordnet sind. Dabei handelt es sich um Maßnahmen der Raumentwicklung zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion, um effiziente Transportsysteme und die Entwicklung der

Informationsgesellschaft, um den Schutz des natürlichen und kulturellen Erbes und um Maßnahmen des Umweltschutzes, des Ressourcenmanagements und des Katastrophenschutzes. Ein für Wien sehr wichtiges und bereits in der ausgelaufenen Förderperiode entwickeltes Projekt ist z. B. das Urban Technology Network (UTN), das zur Vermarktung der Wiener Stadt- und Umwelttechnologien in Mittel- und Südosteuropa weiterentwickelt werden soll.

Kosten und Gemeinschaftsbeteiligung

Die Gesamtkosten des Programms liegen bei EUR 237,5 Mio., wobei von der EU aus dem EFRE rund EUR 128,7 Mio. und von den Mitgliedstaaten ca. EUR 104,3 Mio. aufzubringen sind. Aus privater Hand werden etwa EUR 4,4 Mio. erwartet. Die Förderrate wurde in den einzelnen Mitgliedsländern unterschiedlich festgelegt, in Österreich und Italien mit jeweils 50 %, in Deutschland mit 57 % und in Griechenland mit 75 %, was einen durchschnittlichen Fördersatz für das gesamte CADSES-Programm von 55 % EFRE-Mittel ergibt. Der österreichische Anteil wurde in den Verhandlungen mit EUR 30 Mio. festgesetzt, eine Aufteilung auf Bundesländer erfolgte nicht. Die Finanzierungsinstrumente für die Projektanteile in den mittel- und südosteuropäischen Ländern sind unterschiedlich, z. B. PHARE, TACIS, ISPA oder CARDS.

Programmumsetzung

Nach langwierigen multilateralen Verhandlungen zwischen Österreich, Deutschland, Italien und Griechenland, die sich weniger an inhaltlichen Fragestellungen als vielmehr an Fragen der organisatorischen Abläufe und Kompetenzen festgefahren haben, kam gegen Ende 2001 unter dem Druck der drohenden Gefahr des Verlustes einer Jahrestanche der Fördermittel doch ein Kompromiss zustande, der es der Europäischen Kommission erlaubte, CADSES am 27. Dezember 2001 zu genehmigen. Dieser Entscheidung der EU zufolge wird die Verwaltungsbehörde und die Zahlstelle in Rom eingerichtet, das Technische Sekretariat in Dresden und in Athen und Wien so genannte „Cadses Contact Points“, die vor allem die Projektauswahl und das Projektcontrolling unterstützen sollen. Aufgrund der Komplexität des Programms wurden neben den üblichen Begleitausschüssen (Monitoring Committee) auch Steering Committees, National Committees und Transnational Working Groups geschaffen.

Die Aufgaben des „Cadses Contact Point“ werden in Österreich von der MA 27 wahrgenommen und hinsichtlich der österreichinternen Koordination vom BKA unterstützt. Die dafür nötigen Personalkapazitäten werden zum Teil aus dem EFRE kofinanziert und durch Beauftragung externer Institute realisiert.

Derzeit wird Personal für die Verwaltungsbehörde und das Technische Sekretariat im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung gesucht, so dass mit dem Beginn der konkreten Programmumsetzung erst im 3. Quartal 2002 zu rechnen ist. Unbeschadet dessen kann aber auf nationaler Ebene bereits mit der Projektauswahl begonnen werden.

INTERREG IIIC – Zone East

Programminhalt

Bei INTERREG IIIC handelt es sich um eine neue Ausrichtung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG, die von der Europäischen Kommission zur Unterstützung der interregionalen Zusammenarbeit geschaffen wurde. Es kann zwar jede europäische Region oder Stadt mit jeder anderen auf Projektebene kooperieren, zur leichteren Administrierbarkeit wurde Europa jedoch in vier Quadranten unterteilt, die jeweils von einer eigenen Verwaltungsbehörde koordiniert werden. Die Zone East entspricht dem CADSES-Raum, umfasst also ebenfalls die Mitgliedstaaten Österreich, Deutschland, Italien und Griechenland sowie die mittel- und südosteuropäischen Länder.

Dieses Programm richtet sich vor allem an die regionalen öffentlichen Verwaltungen und soll dem Erfahrungsaustausch und der Kommunikation von best practices über die Instrumente der regionalen Entwicklung dienen. So wird der Informationsaustausch über Ziel 1, Ziel 2, URBAN und die anderen INTERREG Ausrichtungen gefördert werden, es werden Maßnahmen zur Vorbereitung des Interact-Programms (Programm zur Beobachtung und Steuerung aller INTERREG-Programme europaweit) unterstützt und es werden spezielle Aktionen an der Außengrenze der EU vorgesehen.

Kosten und Gemeinschaftsbeteiligung

Für die Zone East wurden von der EK Gesamtkosten von EUR 102,2 Mio. vorgesehen, wovon EUR 80,6 Mio. auf Erfahrungsaustausch und best practice fallen, EUR 1,1 Mio. auf die Vorbereitung von „Interact“ und EUR 20,5 Mio. auf die Maßnahmen an der Außengrenze. Die Kofinanzierung der EU aus dem EFRE beträgt EUR 61,2 Mio., aus nationalen Mitteln der vier beteiligten Mitgliedstaaten sind EUR 39,5 Mio. aufzubringen und aus privater Hand werden EUR 1,5 Mio. erwartet. Der österreichische Anteil wurde mit EUR 11 Mio. festgelegt. Die Beiträge der Drittstaaten sind nicht festgelegt und werden projektorientiert definiert werden.

Programmumsetzung

Die Europäische Kommission hat das von der MA 27 in Abstimmung mit dem BKA und den anderen drei Mitgliedstaaten der Zone East eingereichte Programm zum letztmöglichen Zeitpunkt am 31. Dezember 2001 genehmigt. Mit dieser Genehmigung ist auch die Betrauung der Stadt Wien mit den Funktionen der Verwaltungsbehörde (MA 27) und Zahlstelle (MA 5) verbunden. Damit obliegt der Stadt Wien die Gesamtverantwortung für die Programmumsetzung und Finanzabwicklung von INTERREG IIIC in der Zone East, was die Steuerung von Projekten mit Gesamtkosten von weit über EUR 100 Mio. in einem 220-Millionen-Einwohner-Raum bedeutet.

Ähnlich wie im CADSES Programm wird auch hier ein internationales Sekretariat eingerichtet werden, das überwiegend aus externen Mitarbeitern bestehen wird, deren Kosten aus dem Programm kofi-

nanziert werden können. Die Festlegung der administrativen Strukturen und der organisatorischen Abläufe wird in Abstimmung mit den anderen drei Zonen, der EK und dem BKA in den nächsten Wochen erfolgen, so dass noch im zweiten Halbjahr 2002 mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Schlussbemerkungen

Durch die von der Europäischen Kommission gegen Ende 2001 erteilten Genehmigungen ist sichergestellt, dass das Land Wien in der Förderperiode 2000 – 2006 an den nachstehend angeführten Förderprogrammen teilnehmen wird:

- Ziel 2 - Wien
- URBAN II - Wien Erdberg
- INKUBA
- INTERREG IIIA – Ungarn
- INTERREG IIIA – Slowakei
- INTERREG IIIA – Tschechien
- INTERREG IIIB – CADSES
- INTERREG IIIC – Zone East

Insgesamt werden dem Land Wien aus den Strukturfonds der EU etwa EUR 70 Mio. direkt für Maßnahmen und Projekte zugute kommen, wobei durch die erforderlichen nationalen Kofinanzierungen ein Projektvolumen von rund EUR 150 Mio. ausgelöst wird.

Es ist damit zu rechnen, dass die Europäische Kommission im Zuge der laufenden Förderperiode als Reaktion auf derzeit nicht absehbare Entwicklungen weitere Förderinstrumente entwickeln wird, die jedoch im verabschiedeten Haushalt ihre Bedeckung finden sollten.

Derzeit wird z. B. über die Einrichtung je eines Programms für die Beobachtung und Steuerung aller INTERREG- und URBAN-Programme verhandelt. Es bestehen gute Chancen, das INTERREG-Observatorium „Interact“ ebenfalls in Österreich anzusiedeln, wobei das Bundeskanzleramt als Verwaltungsbehörde vorgesehen wäre.

Städtische Friedhöfe (MA 43)

Im Jahr 2001 wurden in den Wiener Städtischen Friedhöfen 16.965 Bestattungen durchgeführt, was gegenüber dem Jahr 2000 eine Verringerung um 1.604 Fälle bedeutet. Konkret wurden 13.237 Sarg- und 3.728 Leichenaschenbestattungen vorgenommen. Der Anteil der Beisetzungen von Leichenasche, gemessen an der Zahl der Gesamtbestattungen steigerte sich von 22,7 % auf 28,2 %.

Von den insgesamt 16.965 Bestattungen fielen 13.442 oder 79,2 % auf Beilegungen in bestehende Sarg- und Urnengräber, 1.770 oder 10,4 % auf Neubelegungen in heimgefallenen Grabstellen, 212 oder 1,2 % auf Neubelegungen auf Erweiterungsflächen und 669 oder 3,9 % auf Beerdigungen von Verstorbenen gemäß § 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes in einfache Gräber des Wiener Zentralfriedhofes. Im Jahre 2001 wurden 633 Särge (2000: 597) mit den sterblichen Überresten der Verstorbenen, die ihren Körper wissenschaftlichen Studien zur Verfügung gestellt haben, und 239 Särge mit bei

Operationen entfernter Körperteile (2000: 230) feuerbestattet. In 21.481 Fällen wurden Benützungsberechtigungen an Grabstellen verlängert, was eine Erhöhung um 2.076 entspricht. In 1.363 Fällen wurden insgesamt 3.825 Verstorbene exhumiert.

Wie in den letzten Jahren wurde die Erfassung der Gräber- und Verstorbenenendaten in die EDV (WIFIS) fortgesetzt. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit geschaffen, dass Kunden nunmehr mittels Internet (www.help.gv.at) um Grabrechtsverlängerungen ansuchen können.

Tätigkeiten auf bautechnischem Gebiet

Auf sämtlichen Städtischen Friedhöfen bzw. in der Leichenkammer Wien 10., wurden laufend die notwendigen Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an den Verwaltungsgebäuden, Einfriedungen, Straßen und Wegen, dem Wasserleitungsnetz, sowie an den elektrischen Leitungen, Kühlanlagen und Heizungsanlagen durchgeführt. Es wurden insgesamt 855 Grabsteinfundamente, 844 Einfassungsfundamente, 156 Piloten und 11 Gräfte von der MA 43 auf Grund von Kundenbestellungen in Auftrag gegeben und auf den Städtischen Friedhöfen errichtet. Auf den nachstehend angeführten Friedhöfen wurden folgende mittlere bis größere Vorhaben ausgeführt:

- **Amtshaus:** Einziehen einer Decke für den Brandabschnitt; Kanalinstandsetzung im Keller; Durchführung diverser Elektro- und Installationsarbeiten.
- **Aspern:** Abtragung der alten Einfriedungsmauer in der Gruppe C; Reinigung der Sickerschächte im Friedhofsbereich.
- **Atzgersdorf:** Instandsetzung der Einfriedungsmauer an der Rückseite des Friedhofs; Schließung des Durchbruchs zu den Kleingärten.
- **Baumgarten:** Sanierungsarbeiten an der großen Christusstatue; Instandsetzung von 27 lfm, Plankenfelder und 845 m² Straßen und Wegen; Umdecken des Abstellraums mit neuer Eterniteindeckung.
- **Breitenlee:** Fertigstellung der neuen Aufbahnhalle, des Kanzleigebäudes und der Nebenräume.
- **Döbling:** Reparatur der Gruftarkadenwand.
- **Essling:** Instandsetzung des Friedhofskreuzes und der Plankenfelder.
- **Gersthof:** Instandsetzung der Fassade nach Verschmutzung (Graffiti).
- **Grinzing:** Gruppen- und Reihenstände ausgeführt und einbetoniert. Mistbox sowie Plattenwege in diversen Gruppen instandgesetzt.
- **Heiligenstadt:** Teile der Stützmauer in der oberen und unteren Terrasse wurden instandgesetzt.
- **Hernals:** Instandsetzung von Ehrengräbern; Wasserzählerschacht beim Haupteingang hergestellt; Malerarbeiten in der Arbeiterunterkunft; Spenglerarbeiten am Dach der Aufbahnhalle und des Verwaltungsgebäudes; Eterniteindeckung für den Geräteschuppen.
- **Hietzing:** Durchführung von Elektriker-, Maler- und Anstreicherarbeiten im Verwaltungs- und Unterkunftsgebäude; Diverse Baumeisterarbeiten an der Mauer und in den Gebäuden; Instandsetzung von Wegen.
- **Hütteldorf:** Instandsetzung der Stiegenanlage vom WC und von ca. 12 lfm Plankenfeldern; Behebung eines Rohrgebrechens.
- **Inzersdorf:** Instandsetzung des Hallenvorplatzes, diverser Straßen und Wege; Einbau eines Gehtürls in die Einfriedungsmauer bei der Ewald-Balser-Straße; Streichen der Gruppen- und Reihenstände.
- **Jedlesee:** Arbeiten an GW-Leitung; zusätzliche Montage eines Wasserzählers; Instandsetzung von ca. 35 lfm Plankenfelder und 155 m² Straßen und Wegen.
- **Kaiserebersdorf:** Instandsetzung eines Teils der Einfriedungsmauer.
- **Mauer:** Erneuerung der maschinellen Einrichtung der Kühlanlage.
- **Meidling:** Instandsetzung von Straßen und Wegen sowie eines Schachtes; Streichen der Tore in der Eibesbrunnnergasse.
- **Neustift:** Instandsetzung von Ehrengräbern sowie des Kanals in der Halle II; Schadhafte Well eternitplatten bei der Arbeiterunterkunft wurden ausgetauscht; Umbau der E-Zuleitung in der Halle II und Kühlanlage.
- **Oberlaa:** Die Gruppen- und Reihenstände sowie die Eingangstore wurden gestrichen.
- **Ottakring:** Herstellung von ca. 245 lfm Einfriedung in der Gallitzinstraße; Sanierung der Natursteineinfriedungsstützmauer in der Johann Staudgasse; Teilsanierung der Haupteinfahrt; Instandsetzung der Stützmauer in der Gärtnerei; Reinigung und Zubetonieren des alten Öltanks in der Gärtnerei; Rohrgebrecchen in der Gruppe 4 behoben sowie ca. 300 m² Straßen und Wege instandgesetzt.
- **Pötzleinsdorf:** Instandsetzung von Ehrengräbern.
- **Siebenhirten:** Instandsetzung des Brunnens.
- **Sievering:** Herstellung eines neuen Zaunes und Instandsetzung des Daches des Verwaltungsgebäudes.
- **Simmering:** Streichen der Eingangstore; Beheben eines Rohrbruches und Instandsetzen der Straßen und Wege.
- **Stammersdorf Zentral:** Instandsetzung von ca. 950 m² Straßen und Wegen, der Abdeckung der Urnenmauer sowie des Dachs der Aufbahnhalle II; Sickerschächte wurden gereinigt und baulich instandgesetzt; Inbetriebnahme der neuen Hauskanalanlage.
- **Südwest:** Streichen der Tore und Türen im Wirtschaftshof sowie von Gruppen- und Reihenständen. Instandsetzung von Straßen, Wegen und Wasserleitungen.
- **Süßenbrunn:** Beginn der Arbeiten zur Herstellung einer neuen Aufbahnhalle (Rohbau).
- **Simmeringer Feuerhalle:** Es wurden ca. 10 Mauerbögen neu verputzt und die gefährlichen Stellen an der Mauer entfernt und instandgesetzt. In der Verwaltung und in der Gärtnereikanzlei und Beerdigung wurden Maler- und Anstreicherarbeiten durchgeführt. Die Blechdächer und Türme wurden laufend gereinigt und instandgesetzt. Im Verbrennungsraum wurden Ausbesserungsarbeiten durchgeführt. Nach der Arbeitsplatz-evaluierung wurden Malerarbeiten durchgeführt (Sicherheit). In der Beerdigungsunterkunft wurde ein neuer Speicher montiert. Die Abräumarbeiten in der Gruppe 6 wurden weitergeführt.

Diverse Schäden auf der Straße wurden behoben. Am Zaun wurden laufend Reparaturen vorgenommen (Vandalismus). Die Öfen 1-4 wurden laufend instandgehalten.

- **Städtische Steinmetzwerkstätte:** Die Dächer wurden gereinigt und instandgesetzt (Spenglerarbeiten und Dachdecker). Am Zaun wurden laufend die notwendigen Reparaturen vorgenommen. Die anfallenden Arbeiten nach der Arbeitsplatzevaluierung wurden ebenfalls vorgenommen (Brandtür, Schallschutztüre zum Büro etc.).
- **Wiener Zentralfriedhof:** An den Dächern sämtlicher Wohnhäuser, Hallen und allen WCs wurden Ausbesserungen vorgenommen. In den Gruppen 8, 9 und besonders in der Gruppe 10 wurden die Wege instandgesetzt. Die Gruppe 35 B „Babyfriedhof“ wurde fertig gestellt (Baumeister-, Pflasterer- und Asphaltierungsarbeiten). In der Technischen Werkstätte wurde das Blechdach über den Schweißräumen komplett neu gemacht. Der freie Raum zwischen der Gruppe 100 und der Zentralwerkstätte wurde mit einem Wildzaun geschlossen. In der Autowerkstätte/Unterkunft wurde ein neuer Boden verlegt. In der Städtischen Gärtnerei wurde im Zuge der Evaluierung das Arztzimmer installiert und sämtliche Räume im Obergeschoss renoviert (Malerarbeiten). In der Gärtnerei wurden Asphaltierungsarbeiten vorgenommen. In den Glashäusern wurden Betonwege instandgesetzt. Im Magazin wurde der Boden teilweise asphaltiert.

Tätigkeiten auf gartenbautechnischem Gebiet

Bei der Ausgestaltung und Begrünung von Friedhofsflächen wurden 134 Bäume und 1.150 lfm Hecken gepflanzt. Heimgefallene Grabstellen, auf denen seltene oder schöne Bäume stehen, wurden nicht zur Wiedervergabe freigegeben, sondern im Sinne der Umwelterhaltung zu Baumplätzen umgewidmet, um somit einen dendrologisch wertvollen Baumbestand zu erhalten. 1.180 Bäume wurden durch Kronenschnitte fachgerecht ausgelichtet. Es wurden 274 Bäume aus dem Bestand genommen, da sie die physiologische Altersgrenze erreichten. Gleichzeitig wurden 1.800 lfm Hecken wegen Überalterung gerodet. Ein Formschnitt erfolgte bei 116.760 lfm Hecken. Für die Freigabe zur Wiedervergabe von 945 heimgefallenen Grabstellen waren umfassende Rodungsarbeiten nötig. Weiters erfolgte die Fortsetzung der amtswegigen Verlegung von Urnengrabstellen unter 1 m² auf dem Gelände der Feuerhalle Simmering, des Friedhofes Meidling, Liesing und Ottakring im Tausch gegen 1 m² große Grabstellen. In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres wurde die Betreuung der Kriegsgräberanlagen in den Städtischen Friedhöfen fortgesetzt.

Die jährlich durchgeführte **Säuberung des Wiener Zentralfriedhofs** umfasste im Jahr 2001 eine Gesamtgrabfläche von 784.351 m². Die mechanische Unkrautbekämpfung auf den Friedhofswegen des Wiener Zentralfriedhofes umfasste eine Fläche von 346.579 m². Die verwahrlosten Grabstellen des Wiener Zentralfriedhofs wurden ebenfalls mechanisch vom Unkrautbewuchs gesäubert und gemäht, um eine Verbesserung des Friedhofsbilds zu erreichen. Ebenso wurden 36.455 Pflegeaufträge an Grabstellen

durchgeführt. Die Kundenpreise für friedhofsgärtnerische Leistungen (Grabschmückungen) wurden für 2001 gegenüber den Preisen von 2000 um ca. 1,9 % bis 2,2 % erhöht. Neben der Erfüllung von 36.455 Grabpflegeaufträgen und den diversen Grabschmückungsaufträgen sowie der Herstellung von Kranzgebunden wurde von der Städtischen Friedhofsgärtnerei die Aufzucht von ca. 1.228 Mio. Blütenpflanzen für den Eigenbedarf durchgeführt. Die Schmückung der Ehrengräber, Kriegergräber und Opfergräber erfolgte unter Beistellung des erforderlichen Pflanzenmaterials.

Widmungen

Nachstehende Gräber von verdienten Persönlichkeiten wurden im Jahr 2001 als Ehrengräber (auf Friedhofsdauer) vergeben, bzw. ehrenhalber auf Friedhofsdauer gewidmet.

Friedhof Dornbach:

- *Haid* Liane (beerdigt am 5. Dezember 2000), Filmschauspielerin, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 36, Nr. G9.

Friedhof Döbling:

- *Waldmüller* Lizzi (beerdigt am 29. September 1945), Filmschauspielerin, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Abt. 2, Gruppe G, Nr. 14.

Friedhof Feuerhalle Simmering:

- *Artmann* Hans Carl (beerdigt am 19. Dezember 2000), Literat, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, Abt. 1, Ring 1, Gruppe 2, Nr. 3.

Friedhof Hernals:

- *Bayer* Konrad (beerdigt am 16. Oktober 1964), Schriftsteller, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 67, Reihe 10, Nr. 11.

Friedhof Hietzing:

- *Karczag* Wilhelm (beerdigt am 9. Oktober 1926), Theaterdirektor, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 38, Reihe 1, Nr. 1.
- *Leon* Viktor (beerdigt am 1. März 1940), Schriftsteller, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 12, Nr. 70-72.
- *Marischka* Hubert Prof. (beerdigt am 25. Oktober 1960), Schauspieler, Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 66, Reihe 10, Nr. 1A.

Friedhof Neustift:

- *Preses* Peter (beerdigt am 13. Juli 1961), Schauspieler, Regisseur, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 7, Reihe 11, Nr. 10.

Wiener Zentralfriedhof:

- *Engelhart* Josef (beerdigt am 22. Dezember 1941), Bildhauer, Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 16H, Nr. 1.
- *Kont* Paul Prof. (beerdigt am 15. Jänner 2001), Komponist, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, Gruppe 40, Nr. 96.

- *Mitterer-Petrovsky* Erika (beerdigt am 24. Oktober 2001), Schriftstellerin, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer, Gruppe 40, Nr. 95.
- *Schedl* Gerhard (beerdigt am 14. Dezember 2000), Komponist, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 40, Nr. 97.
- *Schuch* Carl (beerdigt am 16. September 1903), Bildender Künstler, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 41F, Reihe G1, Nr.11.
- *Wagner* Josef Franz (beerdigt am 7. August 1908), Militärkapellmeister, ehrenhalber Widmung auf Friedhofsdauer mit Inobhutnahme durch die Stadt Wien, Gruppe 35A, Reihe G2, Nr. 8.
- *Weiler* Max Prof. (beerdigt am 16. Februar 2001), Bildender Künstler, Ehrengrab, Gruppe 33G, Nr. 30.

Statistisches Amt der Stadt Wien (MA 66)

Das Tätigkeitsfeld der Abteilung umfasst das **Erheben, Sammeln, Aufbereiten** und **Analysieren** sowie **Veröffentlichen** von wienrelevanten Summendaten.

Im Jahr 2001 war die Abteilung überwiegend mit der Abwicklung und Durchführung der **Großzählung 2001** befasst. Die Großzählung 2001 bestand aus drei Zählungen, der Gebäude- und Wohnungszählung, der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung. Stichtag war für alle drei Zählungen der 15. Mai 2001. Die Organisation und Koordinierung der Großzählung in Wien erfolgte durch die MA 66, während die Durchführung von den magistratischen Bezirksämtern (MBÄ) vorgenommen wurde. Da für die Großzählung zusätzliches Personal aufgenommen und die Erhebung mit Zählorganen durchgeführt wurde, war eine umfangreiche Personalbereitstellung durch die Magistratsdirektion – Personaldirektion und Verwaltungsrevision notwendig. Der Ablauf der Großzählung wurde durch eine Applikation der MA 14 EDV-mäßig unterstützt.

In den ersten Monaten des Jahres 2001 erfolgten eine Reihe von Vorbereitungsarbeiten:

- Herausgabe von Erlässen und Arbeitsanleitungen für die Durchführung der Großzählung
- Abgleich der Meldedaten der Polizeidirektion Wien mit der Personendatenbank des Magistrats zur Erzeugung eines möglichst aktuellen Meldebestands aller in Wien wohnenden Personen
- Einlagerung aller in Wien gemeldeten Personen nach Geburtsdatum, Geschlecht, Staatsbürgerschaft und Wohnsituation in die Großzählungsapplikation
- Anwerbung von Zählorganen (Gemeindebediensteten, Bediensteten von Bundesdienststellen, Privatpersonen)
- Festlegung der Entschädigungsbeträge für Zählorgane und Klärung der vertragsrechtlichen Stellung
- Einteilung des Stadtgebiets in Erhebungseinheiten (Zählsprengele)
- Bildung der Zählsprengelepakete (Zählungsunterlagen) für jedes Zählorgan
- Durchführung von Schulungen für die Zählungsverantwortlichen und die Zählorgane
- Erstellung eines Konzepts für die Öffentlichkeits-

arbeit vor und während der Großzählung und Herausgabe von Informationsbroschüren

- Einrichtung der Großzählungs-Hotline. Diese verzeichnete im April 5.829 und im Mai 21.159 Anrufe. Weiters mussten 762 e-mails beantwortet werden.

Die Großzählung wurde bezirkweise durchgeführt. Für den gleichartigen Ablauf der operativen Vorgänge in den Bezirken sorgten Bezirksbetreuungspersonen, die einerseits in Besprechungen unter Einbindung der MA 66 einen Erfahrungsaustausch untereinander pflegten und andererseits eine Beratungs- und Kontrolltätigkeit wahrzunehmen hatten.

Ab Mai 2001 setzte die Hauptarbeitsphase ein, die bis Ende August 2001 dauerte und eine Reihe von Arbeitsvorgängen umfasste:

- Ersterhebung durch Zählorgane (Ankündigung, Austeilung und Einsammlung der Zählpapiere, Abgleich der erhobenen mit den gemeldeten Personen)
- Abgabe und Kontrolle der Zählpapiere auf den magistratischen Bezirksämtern und Beurteilung der Wohnsitzerklärungen auf Reklamationswürdigkeit
- Einleitung von Reklamationen durch die MA 62
- Eingabe bei der Volkszählung neu entdeckter Personen, Streichung nicht mehr existenter Personen und Hinzufügung der Wohnsitzsituation der Volkszählung bei vorhandenen Personen in die Großzählungsapplikation
- Nacherhebung bzw. Vorladung von Personen, die bei der Ersterhebung nicht angetroffen wurden
- Anschreiben von Personen bezüglich Aktualisierung der Meldesituation auf Grund der Angaben bei der Volkszählung
- Abrechnung der Zählorgane und Veranlassung der Überweisung der Geldbeträge.

Die Abrechnung der Zählorgane führte durch das Budgetbegleitgesetz 2000 zu einem unterschiedlichen Besteuerungsvorgang bei den Zählorganen. Bei Zählorganen, die Gemeindebedienstete waren, wurde die Versteuerung und Abführung der Sozialversicherungsbeiträge vom Dienstgeber durchgeführt. Alle übrigen Zählorgane hatten selbst für die Versteuerung und sonstige Abgaben zu sorgen. Insgesamt waren 9.334 Zählorgane im Einsatz, die 13.055 Zählsprengele zu betreuen hatten.

Im Rahmen der Erhebung waren die Wohnsitzangaben der Personen in den Zählpapieren der Volkszählung mit den Wohnsitzangaben der Meldeunterlagen zu vergleichen. Der Abgleich der Wohnsitzangaben von der Volkszählung mit den Meldeunterlagen sollte zu einer Bereinigung der Meldedaten führen, wobei die Bevölkerung aufgefordert wurde, Ab-, An- oder Ummeldungen vorzunehmen. Dieser Abgleich war notwendig, um das Zentrale Melderegister errichten zu können. Bei einem Teil der Bevölkerung wurden Abweichungen bei der vor Ort erhobenen Wohnsitzsituation festgestellt. Als erste Rohdaten wurden in Wien 1.562.676 Personen mit Hauptwohnsitz und 197.374 Personen mit Nebenwohnsitz festgestellt, darunter 29.218 Personen mit neu entdecktem Hauptwohnsitz und 30.922 mit neu entdecktem Nebenwohnsitz. Von den 197.374 Perso-

Kostenübersicht der Großzählung 2001 in Wien

Bereich	EUR
Öffentlichkeitsarbeit (Postwurfsendungen, Plakate, Inserate, Rundfunkeinschaltungen)	2.163.431,32
Drucksorten, Broschüren	110.757,61
Entschädigung für Erhebungsorgane (Erst- und Nacherhebungsorgane)	9.218.029,84
Versicherung für Erhebungsorgane	40.641,41
Gehälter der Aushilfsbediensteten, Überstundenleistungen und Remunerationen	2.753.854,13
Diverse Leistungen für die Großzählung (Büromaterial, Saalmieten, Postporto, Transportkosten usw.)	75.778,36
Gesamt	14.362.492,68

Datenangebot 2001

Medium	Tabellen	Grafiken (einschl. Farbgrafiken)
Statistisches Jahrbuch	462	51
Statistisches Taschenbuch	165	22
Wien in Zahlen (mit fremdsprachiger Version)	26	8
Internet	130	26
Zusammen 2001	783	107
2000	814	121

nen mit Nebenwohnsitz wurden 32.692 durch die MA 62 reklamiert. Ein Wechsel von Haupt- zu Nebenwohnsitz wurde bei 8.762 Personen und von Neben- zu Hauptwohnsitz bei 18.530 Personen festgestellt. 110.296 Personen mit Hauptwohnsitz und 377.228 Personen mit Nebenwohnsitz wurden zur Abmeldung an die Polizei weitergeleitet. Neben den Personen wurden 167.554 Gebäude, 928.479 Wohnungen und 81.085 Arbeitsstätten erfasst.

Die Großzählung kostete Wien EUR 14.362.492,68. Als Entschädigungsleistungen erhielt Wien EUR

6.909.953,20 vom Bund und EUR 360.006,10 Umsatzsteuer-Gutschrift.

Sowohl in der MA 66 als auch in den magistratischen Bezirksämtern musste der Personalstand vorübergehend um 257 Personen erhöht werden.

Neben den Aktivitäten für die Großzählung musste die laufende Datenermittlung weitergeführt werden. Im Rahmen der Aufbereitung und Analyse von Daten wurden zwei Schwerpunkte gesetzt. Einerseits wurde ein Projekt mit dem Titel „Bereitstellung von Basisdaten“ für das EU-geförderte Ziel-2-Gebiet in Teilen des 2. und 20. Bezirks bewilligt und mit Vorbereitungsarbeiten begonnen, andererseits konnte die erste Phase des Zeitreihenprojekts „Wien 1945 bis 2000“ abgeschlossen und für die Veröffentlichung freigegeben werden. Die periodisch erscheinenden Publikationen der Abteilung, das Statistische Taschenbuch, das Statistische Jahrbuch, Wien in Zahlen und die Statistischen Mitteilungen erschienen im Jahr 2001 bereits in einem neuen Layout, das gemäß der Corporate Identity der Stadt Wien gestaltet wurde. Auf Grund des Erscheinungstermins zu Jahresende wurden im Statistischen Jahrbuch alle Geldbeträge bereits in Euro ausgewiesen. Im Anschluss an die Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen vom 25. März 2001 wurden in den Statistischen Mitteilungen die Ergebnisse dokumentiert und analysiert, in einem weiteren Sonderheft auch umfangreiche Vergleichstabellen der letzten drei Wahlgänge und die Namen der gewählten Kandidaten und Ersatzwerber publiziert. In den Statistischen Mitteilungen ist der erste Zeitreihenband mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsstatistik erschienen. Die Zeitreihen beziehen sich auf die Jahre 1945 bis 2000. Das Tabellen- und Grafikangebot in den Printpublikationen und elektronischen Medien wurde gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestrafft (siehe nebenstehende Tabelle „Datenangebot 2001“).

Nach einer im Jänner 2001 durchgeführten Kundenbefragung war die inhaltliche Zufriedenheit mit dem Datenangebot sehr hoch. Nur 9 % der Befragten äußerten geringfügige Änderungswünsche. Die Kundenbefragung zeigte eine deutliche Zunahme des Wissensstandes über das Internetangebot des Amtes. Der Bekanntheitsgrad unter den Befragten stieg von 56 % 1998 bis auf 84 % im Jahr 2001. Fast die Hälfte der Befragten vertrat die Ansicht, das Internetangebot könne langfristig die Printpublikationen ersetzen. 1998 war dies erst ein Viertel. Nach der Neukonzipierung des Internetangebots im Vorjahr wurden 2001 nur kleinere Adaptierungen vorgenommen.

Die MA 66 ist nicht nur für die Erledigung der statistischen Angelegenheiten zuständig, sondern gibt auch den Tätigkeitsbericht (Verwaltungsbericht) des Magistrats der Stadt Wien heraus. Die Umsetzung des neuen Konzepts (Kürze, Klarheit, Modernität) ist hervorragend gelungen. Der Umfang des Verwaltungsberichts 2000 konnte gegenüber 1999 halbiert werden, die Gestaltung wurde übersichtlicher, auch das Cover ist viel attraktiver geworden. Die Beachtung der im Intranet dargestellten Richtlinien der MA 66 zur Abfassung des Verwaltungsberichts von nahezu allen Magistratsabteilungen hat



In einer Pressekonferenz stellten Vizebürgermeister Dr. Rieder und der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Wien Senatsrat Dr. Franz Satzinger die Kampagne „Wien zählt auf Sie“ zur Volkszählung vor, welche mit Stichtag 15. Mai 2001 in ganz Österreich durchgeführt wurde.

sowohl die Arbeit in den einzelnen Abteilungen als auch die Redaktionsarbeit in der MA 66 deutlich vereinfacht und erleichtert.

Im Jahr der Großzählung war die **Öffentlichkeitsarbeit** überwiegend auf die Information der BürgerInnen über die Durchführung dieses Großprojektes ausgerichtet. Das Werbeplakat „Wien zählt auf Euch“ wurde wegen des hohen Werbewirksamkeitsgrades mit dem Plakatpreis in Gold für das Jahr 2001 ausgezeichnet. Die Einrichtung der Großzählungs-Hotline wurde bereits erwähnt. Durch die Großzählung wurde der Auskunftsdienst und die Anfragebeantwortung statistischer Daten etwas in den Hintergrund gedrängt. Neben den Anfragen, die telefonisch sofort erledigt werden konnten, waren 211 schriftlich zu beantworten. Von diesen 211 bezogen sich 136 auf Daten aus der Bevölkerungsstatistik. Als besonders umfangreich und daher sehr zeitaufwändig erwiesen sich vier aus dem Ausland eingelangte Fragebögen. Die Zahl der Internetzugriffe pro Jahr ist im Vergleich zum Vorjahr mit rund 77.000 (2001: 76.976 Zugriffe) auf hohem Niveau konstant. Für die periodisch erscheinenden Publikationen des Statistischen Amtes wurde eine neues Layout erstellt, das mit dem Corporate Design der Stadt Wien und dem neuen Logo des Statistischen Amtes ein wirkungsvolles Ganzes ergibt. Das Bevölkerungsmotiv mit der Jahreszahl findet sich nun auf allen statistischen Publikationen in unterschiedlichen Farben wieder und prägt somit das Erscheinungsbild dieser Publikationen der Stadt Wien. Die Rückmeldungen zu den neu gestalteten Publikationen waren durchwegs positiv. Durch Kurzberichte des Presse-

und Informationsdienstes in diversen Zeitungen über die einzelnen Publikationen zum Erscheinungsdatum und durch Inserate konnte die Nachfrage nach statistischen Publikationen wieder gesteigert werden.

Da die Anpassung an das neue Layout bei den Druckereien erhebliche Probleme in der Abwicklung und Lieferung mit sich brachte, ist für 2002 daran gedacht, alle Grafik-, Layout- und Satzerstellungsarbeiten von ein und demselben Anbieter durchführen zu lassen, so dass von der Druckerei bereits die belichtungsreifen Druckvorlagen übernommen werden können, was zu einer erheblichen Kosten- und Zeitersparnis führen sollte.

Die **EDV-Ausstattung** der MA 66 und der magistratischen Bezirksämter wurde für die Großzählung um 128 PCs erhöht. Von der Großzählung abgesehen, wurden in der MA 66 altersbedingt 7 PCs und 2 Drucker ausgetauscht sowie ein Scanner neu installiert. Am 27. November 2001 erfolgte in der MA 66 die Umstellung von Exchange auf Outlook. Für die Abteilungskanzlei wurde das Softwareprodukt VIPER installiert.

Wenn das Projekt Großzählung 2001 ausgeklammert wird, hatte die MA 66 im Jahr 2001 **Ausgaben** von EUR 1.170.148,62 für Personal und Sachaufwand. Von den 27 Beschäftigten der Abteilung werden überwiegend **immaterielle Leistungen** in Form von Datensammlungen geschaffen. Mit den Erträgen aus der Datengewinnung und dem Verkauf von Informationen konnten **Einnahmen** von EUR 79.446,67 erzielt werden.

Kosten-, Leistungs- und Ertragsübersicht 2001 (ohne Großzählung)

Tätigkeiten	Personeneinsatz	Sachkosten in EUR	Leistungen	Ertrag in EUR
Datengewinnung durch Erhebung	4,5	34.729,48	Erhebungen für Bund, Grundlagen für Tabellen	68.672,19
Datengewinnung aus Verwaltungsvollzug	4,2	-	Grundlagen für Tabellen	-
Datenaufbereitung für Tabellen in Print- und EDV-Medien	6,5	27.136,04 ¹⁾	Datenangebot für statistische Publikationen und Internet	kostenlos
Datenanalyse	2,5	-	Berichte, Artikel, Auswertungen	2.510,12
Redaktion, Lektorat, Drucklegung, Verkauf, Inserate	2,3	89.887,43 ²⁾	Statistische Publikationen, Verwaltungsbericht	8.264,35 ³⁾
Statistische Beratung, Auskunftserteilung, Öffentlichkeitsarbeit und Bibliothek	3,2	4.009,51 ⁴⁾	Informationsdienst, Anfragenbeantwortungen, Medienpräsenz	kostenlos
EDV-Organisation und Betreuung	1,0	-	EDV-Support, Programm-erstellung	-
Teilnahme an Besprechungen, Tagungen, Konferenzen; Fortbildung	1,0	3.371,58 ⁵⁾	Positionierung der Statistik	-
Führungsaufgaben und Kanzlei	1,8	-	Lenkungsmaßnahmen	-
Aufgaben insgesamt	27,0⁶⁾	159.134,04⁷⁾	Leistungen insgesamt	79.446,66

¹⁾ Datenverarbeitung und grafische Datenaufbereitung.

²⁾ Druckwerke, öffentl. Abgaben, abgeschriebene Forderungen, Geldverkehrspesen.

³⁾ Veräußerungen, Inserateneinnahmen, Kostenersätze.

⁴⁾ Layout Publikationen, Bibliothekserfordernisse.

⁵⁾ Mitgliedsbeiträge, Dienstreisekosten sowie Kosten für den Kauf von Büchern und Zeitschriften.

⁶⁾ Für die 27 Beschäftigten (darunter 18 mit Kommunal- und 9 mit Landesstatistik betraut) entstanden Personalkosten von EUR 1.011.014,59.

⁷⁾ Ohne Buchhaltungskosten, Energiekosten, Post- und Telefondienste sowie Raumausstattung und Reinigung.

Magistratsabteilung für Krankenanstaltenfinanzierung, Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (MA-K)

Den Schwerpunkt der Tätigkeiten der MA-K bildete die Abwicklung der Aufgaben der Geschäftsstelle des mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestatteten Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds (WIKRAF). Diesem obliegt die Abgeltung der Leistungen der Krankenanstalten für Personen, für die ein Sozialversicherungsträger leistungspflichtig ist, sowie sonstige auf dem Gebiet der Finanzierung von Wiener Krankenanstalten zu setzende Maßnahmen. Neben dieser sehr umfassenden Agenda waren von der MA-K noch Arbeiten hinsichtlich der Gebührenfestsetzung durchzuführen, die sich im Jahr 2001 insofern umfangreicher gestalteten, als auch noch die Euroumstellung zu berücksichtigen war.

Geschäftsstelle des WIKRAF

Die Geschäftsstelle hat insbesondere den zur Erfüllung der Aufgaben der Fonds-Kommission (dem Organ des WIKRAF) notwendigen Schriftverkehr, die Vorbereitung der Sitzungen der Fonds-Kommission sowie all jene Aufgaben durchzuführen, die nicht ausdrücklich der Fonds-Kommission oder deren Vorsitzendem obliegen. Im Detail wurden u. a. folgende Agenden wahrgenommen:

Verteilung der Mittel des WIKRAF

Der WIKRAF wird mit Beiträgen der Gebietskörperschaften, Mitteln der Sozialversicherung sowie aus sonstigen Mitteln dotiert. 2001 standen Mittel von rund EUR 1,14 Mrd. zur Verfügung, die von der Geschäftsstelle auf Grundlage der Beschlüsse der Fonds-Kommission an 25 vom WIKRAF teilfinanzierte Wiener Krankenanstalten überwiesen wurden. Es wurden stationäre Leistungen der Krankenanstalten für rund 470.000 sozialversicherte Patienten im Rahmen der leistungsorientierten Abrechnung nach Punkten (Leistungsorientierte Krankenanstaltenfinanzierung – LKF) abgegolten, die von 22 Krankenanstalten erbrachten ambulanten Untersuchungen und Behandlungen für sozialversicherte Patienten pauschal finanziert sowie Zuschüsse für Investitionsvorhaben geleistet. Die administrative Abwicklung der Beihilfenmittel nach dem Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetz war ebenso durchzuführen wie die Überweisung von Mitteln an einige nicht-städtische Krankenanstalten zwecks Abgeltung von Mindereinnahmen wegen der Umstellung auf das LKF-System.

Verrechnung ausländischer Gastpatienten und Auskunftserteilung in Regressangelegenheiten

Auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Übereinkommen über soziale Sicherheit oder überstaatlichem Recht wurden seitens der Geschäftsstelle die Kosten der Behandlung ausländischer Gastpatienten im Wege des Hauptverbands der österreichischen Sozialversicherungsträger gegenüber ausländischen Krankenversicherungsträgern in rund 2.500 Fällen geltend gemacht und Auskünfte über ambulante oder stationäre Behandlungen erteilt. Kostenanfragen regressführender Sozialversicherungsträger waren

seitens der Geschäftsstelle in rund 1.300 Fällen zu beantworten.

Einstufung von speziellen Funktionseinrichtungen der Krankenanstalten und Statistik; Wirtschaftliche Aufsicht, Datenplausibilitätsprüfung; Investitionszuschüsse

Für einige Bereiche (z. B. Intensiveinheiten) sieht das LKF-System spezielle Bepunktungsregeln vor. Im Zusammenhang damit waren seitens der Geschäftsstelle für insgesamt rund 100 Funktionsbereiche in Krankenanstalten umfangreiche Erhebungen und Überprüfungen vorzunehmen. Dem Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen waren Diagnosen- und Leistungsberichte mit den medizinischen Einzelleistungen und Haupt- und Zusatzdiagnosen für alle Patienten der 25 vom WIKRAF teilfinanzierten Krankenanstalten zu übermitteln. Die Geschäftsstelle hat im Rahmen der dem WIKRAF gemäß dem Wiener Krankenanstaltengesetz obliegenden wirtschaftlichen Aufsicht über Krankenanstalten die Rechnungsabschlüsse 2000 sowie die Voranschläge 2002 von 10 nicht-städtischen Krankenanstalten überprüft. Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen, die Nachweise der widmungsgemäßen Verwendung von Investitionszuschüssen und die Plausibilität und Qualität der von den Krankenanstalten für den stationären Bereich gemeldeten Daten waren ebenfalls durch die Geschäftsstelle zu prüfen.

Neues LKF-Modell

Das Jahr 2001 war auch geprägt von Arbeiten rund um die Änderung der landesspezifischen Ausgestaltung des LKF-Systems für die Zeit ab 1. Jänner 2002. Schwerpunkt des „Neuen Wiener LKF-Modells 2002“ ist eine Verteilung der Mittel nach ökonomischen Gesichtspunkten, wobei die Auslastung und die Personalausstattung der Krankenanstalten Berücksichtigung finden.

Sonstige Aufgaben

Von der MA-K war eine Novelle zum Wiener Krankenanstaltenfinanzierungsfonds-Gesetz, LGBl. für Wien Nr. 41/1996, auszuarbeiten. Diese im Landesgesetzblatt Nr. 69/2001 kundgemachte Novelle sieht die Erweiterung der Fonds-Kommission von 18 auf 26 Mitglieder vor. Auch war, nachdem die Mitglieder der Fonds-Kommission auf die Dauer der Gesetzgebungsperiode des Wiener Landtages bestellt werden und der neu gewählte Landtag am 27. April 2001 zusammengetreten ist, eine Neubestellung der Mitglieder (und Ersatzmitglieder) durch die Wiener Landesregierung in die Wege zu leiten.

Im Jahr 2001 wurden weiters umfangreiche Vorbereitungsarbeiten rund um die Gebührenfestsetzung (z. B. der Pflege- und Anstaltsgebühren, der Ambulatoriumsbeiträge, der Kostenbeiträge, der Transportgebühren für die Inanspruchnahme des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst der Stadt Wien) durch die Landesregierung bzw. den Gemeinderat vorgenommen.

Die Mitwirkung an der Begutachtung von legislativen Vorhaben komplettierten die Aufgaben der MA-K.

Wiener Stadtwerke

Der Wiener Stadtwerke-Konzern erzielte im Jahr 2001 einen konsolidierten Umsatz von EUR 1.822,3 Mio. (2000: EUR 1.787,7 Mio.) Der Konzernerfolg betrug EUR 40,0 Mio. (1999: EUR 17,9 Mio.). In das Sachanlagevermögen des Konzerns wurden EUR 521,3 Mio. investiert. Im Konzern der Wiener Stadtwerke waren insgesamt 15.106 MitarbeiterInnen beschäftigt (2000: 15.432).

Wiener Stadtwerke Holding AG

Wie in der gesamten EU wurde in Österreich im Jahr 2001 ein deutlicher Konjunkturabschwung verzeichnet, wobei die Wachstumsrate des realen BIP 1,1 % gegenüber 3,0 % im Vorjahr betrug. Dafür waren sowohl der private Konsum als auch die erhebliche Abschwächung von Export und Ausrüstungsinvestitionen maßgebend. Die Dynamik des privaten Konsums wurde durch nur geringfügig wachsende Realeinkommen gedämpft. Dies ist einerseits auf die hohe Inflation (2,7 %) als Folge des Erdölpreisanstiegs und andererseits auf die Belastungen durch die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung zurückzuführen.

Für das Jahr 2002 prognostizieren die Wirtschaftsforscher eine mäßige Erholung der Konjunktorentwicklung. Als auslösende Faktoren für die Erholung werden Impulse aus den USA, der stabilisierende Einfluss der EU-weiten Zins- und Budgetpolitik und eine Entlastung der Haushalte und Unternehmen durch einen Rückgang der Energiepreise genannt.

Im Energiebereich trat auf Grund des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ElWOG) am 1. Oktober 2001 die 100%ige Liberalisierung des Strommarktes in Kraft.

Ergebnis

Die Wiener Stadtwerke Holding AG verzeichnete für das Jahr 2001 einen Bilanzgewinn von EUR 36,3 Mio. Das ausgewiesene Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) in Höhe von EUR 19,4 Mio. resultiert aus dem im Vergleich zum Vorjahr rückläufigen Betriebsergebnis, das durch ein verbessertes Finanzergebnis kompensiert werden konnte. Das rückläufige Betriebsergebnis ist einerseits auf die um EUR 1,3 Mio. geringeren Umsatzerlöse sowie andererseits auf die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen (insbesondere Werbe- und Rechts-/Beratungsaufwand) zurückzuführen. Beim Finanzergebnis resultiert die positive Entwicklung aus höheren Beteiligungserträgen.

Die Wiener Stadtwerke Holding AG tätigte 2001 Investitionen im Ausmaß von EUR 52,0 Mio., wobei der Großteil auf die Anschaffung von Finanzanlagen im Wert von EUR 51,1 Mio. entfällt.

Schwerpunkte der Tätigkeit

Das Berichtsjahr 2001 war geprägt durch die volle Marktöffnung bei Elektrizität, die legistische und organisatorische Vorbereitung auf die Marktöffnung

bei Gas und die drohende Marktöffnung im öffentlichen Nahverkehr. Die Kartellbehörde hat den Zusammenschluss zur EnergieAllianz Austria von EVN, Linz AG, Wien Energie und Bewag/Begas, wie auch den Beitritt der Energie AG Oberösterreich nach mehrmonatigen Verhandlungen nicht untersagt, nachdem zuvor Einvernehmen mit dem Land Oberösterreich über die Beteiligung an der Energie AG Oberösterreich erzielt wurde.

Die strategische Ausrichtung des Konzerns auf die durch die fortschreitende Energieliberalisierung geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte im Wesentlichen zum Abschluss gebracht werden. Um mit den Teilunternehmen Wienstrom, Wiengas und Fernwärme Wien einheitlich gegenüber den Kunden auftreten zu können, hat die Wiener Stadtwerke Holding AG nach Genehmigung durch den Aufsichtsrat die Wien Energie GmbH gegründet.

Entsprechend dem vom ElWOG geforderten Unbundling wurden Stromvertrieb und Netzbetrieb bei Wienstrom getrennt. Das Stromgeschäft wird nunmehr bis zum Einstieg der EnergieAllianz als Komplementär, der die Groß- und Mittelkunden betreut, von der Wienstrom VertriebsgmbH & Co KG ausgeübt.

Parallel zu dieser Entwicklung begann die Wiener Stadtwerke Holding AG in Zusammenarbeit mit der EVN und mit der OMV eine gemeinsame Gasstrategie zu verhandeln. Um die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Erdgaswirtschaft zu sichern und insbesondere das Großkundensegment zu erhalten, beabsichtigen vorerst Wiengas, OMV und EVN eine gemeinsame Gesellschaft zu gründen.

Bei den Trägern des öffentlichen Nahverkehrs in den städtischen Ballungszentren hat sich gegen eine Verordnung der EU-Kommission über ein Ausschreibungssystem massiver Widerstand eingestellt, der auf Ebene der Unternehmungen mit Sachargumenten untermauert werden konnte. Nach Abstimmungen mit den Verkehrsunternehmen von Paris und London hat intensive Lobbyarbeit zu einer Absetzung des Entwurfs im Europäischen Parlament und zur Wiedereröffnung der Grundsatzdiskussion geführt. Der Weiterbestand integrierter städtischer Verkehrsdienste erscheint damit abgesichert.

Personalstand

Stand: 31. Dezember, inkl. Direktbeschäftigte	2001	2000
Wiener Stadtwerke Holding AG	164	163
Wienstrom GmbH	3.686	3.820
Wiengas GmbH	1.154	1.212
Fernwärme Wien GmbH	1.091	1.108
Wiener Linien GmbH & Co KG	8.571	8.682
Bestattung Wien GmbH	432	438
Wiener Stadtwerke Beteiligungsmanagement GmbH	8	9
Lehrlinge	257	273
Wiener Stadtwerke-Konzern		
Gesamt	15.363	15.705

Wienstrom GmbH

Vorbereitung auf die völlige Öffnung des Strommarktes

Die von der Bundesregierung angekündigte völlige Öffnung des Strommarktes wurde am 5. Juli 2000 durch den Nationalrat beschlossen. Dieses Gesetz, in der Form des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ELWOG 2000) als Änderung des geltenden ELWOG bezeichnet, aber eigentlich einer völligen Neufassung entsprechend, sieht eine vollständige Marktöffnung bereits ab 1. Oktober 2001 vor. Dies bedeutet, dass jeder Stromkunde ab diesem Zeitpunkt seinen Lieferanten frei wählen kann. Die zum selben Zeitpunkt beschlossenen Begleitgesetze regeln die Aufgaben der Regulierungsbehörden im Elektrizitätsbereich, die Errichtung der Elektrizitäts-Control GmbH und der Elektrizitäts-Control Kommission sowie die Ausübungsvoraussetzungen, die Aufgaben und die Befugnisse der Verrechnungsstellen für Transaktionen und Preisbildung für die Ausgleichsenergie.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Im Zuge der Gründung der EnergieAllianz Austria (EAA) wurde der Teilbetrieb Energiegeschäft von der Wienstrom GmbH (WS) abgespalten, in mehreren Schritten in die Wienstrom Vertriebsgesellschaft mbH & Co KG (KG) umgewandelt und aus ertragssteuerlicher Sicht auf den 31. Dezember 2000 rückbezogen. In der Betrachtungsperiode fungierte die Wienstrom Beteiligungsmanagement GmbH als Komplementär.

Da der Bilanzierungstichtag dieser neuen Gesellschaft (KG) mit dem 30. September des Jahres fixiert wurde, handelt es sich daher im heurigen Jahr um ein Rumpfwirtschaftsjahr. Das bedeutet, dass das in die Gewinn- und Verlustrechnung des WS-Jahresabschlusses einfließende Ergebnis der KG lediglich die Werte der ersten drei Quartale des Wirtschaftsjahres 2001 berücksichtigt. Das abgelaufene Wirtschaftsjahr wurde insbesondere von folgenden Rahmenbedingungen beeinflusst:

- Von den intensiven Bemühungen der Marktkonkurrenten, mittels preislicher Maßnahmen Markt-

anteile zu gewinnen

- Vom weiterhin hohen Kostenniveau für den Erdgasbezug
- Trotz gesteigerter Stromabgabe im Versorgungsgebiet sanken die Umsatzerlöse als Folge der reduzierten Verkaufspreise im Kerngeschäftsbereich
- Die im Vergleich zum Vorjahr vermehrten Erlöse aus der Fernwärmeabgabe und dem Geschäftsbereich Telekommunikation wirkten sich positiv auf die Umsatzerlöse aus.

Der von 3.820 MitarbeiterInnen im Jahr 2000 auf nunmehr 3.686 MitarbeiterInnen gesunkene Personalstand führte zu einer Reduktion der Aufwendungen für die aktiven Bediensteten. Dem gegenüber erhöhten sich die Aufwendungen für die Altersversorgung überproportional. Als Folge dieser Umfeldbedingungen und der Abspaltung des Vertriebsgeschäftes fiel das EBIT (Betriebsergebnis) negativ aus. Nach der Teilauflösung von Kapitalrücklagen, der Dotierung der Gewinnrücklage sowie der Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr resultiert schließlich ein Bilanzgewinn im Ausmaß von EUR 29,4 Mio. Die gesamte Investitionstätigkeit im abgeschlossenen Jahr betrug EUR 166,1 Mio. Davon wurden ca. 42 % in die Erzeugungsanlagen und rund 36 % in Übertragungs- und Netzverteilungsanlagen investiert.

Fortschritte bei Großprojekten

Ende September konnte das derzeit größte Bauvorhaben der Wienstrom GmbH abgeschlossen werden. Der neue hochmoderne Kraftwerksblock 3 in Donaustadt, mit einer elektrischen Leistung von 380 MW und einer Fernwärmeauskopplung von 250 MW wurde nach einer Bauzeit von nur 23 Monaten erfolgreich in Betrieb genommen. Dieses „Umweltkraftwerk“ wird die Eigenerzeugung des Kraftwerk-parks nicht nur bedeutend wirtschaftlicher gestalten, sondern darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Umwelt darstellen.

Die Vergabe für die 38-kV- und 110-kV-Schaltanlage des Umspannwerks Nord sowie für die 380-kV-Freileitung zwischen dem Umspannwerk Bisamberg und der Kabelüberführung Dr. Nekowitsch-Straße erfolgte im Dezember 2001. Mit der Errichtung der Freileitung ab Jänner 2002 wurde die erste Bauphase dieses für die Stromversorgung der Bundeshauptstadt Wien überaus bedeutenden Projekts eingeleitet. Die Inbetriebnahme der 380-kV-Nordeinspeisung ist für das Jahr 2005 vorgesehen.

Telekommunikation

Das Jahr 2001 erwies sich, trotz des eklatanten weltweiten Einbruchs des Telekomgeschäftes, für Wienstrom als ein gutes Jahr. Einmal mehr bewährte sich die hervorragende Stellung in Sachen Telekominfrastruktur in Wien, die auch 2001 weiter ausgebaut werden konnte.

Der Ausbau des Wiener Bildungsnetzes (WBN) ging in reduzierter Form weiter und erlaubte die Umstellung vieler Schulen von ISDN auf Lichtwellenleiteranschluss. Die Anzahl der neuen SDH-Verbindungen (2 MB/s bis 622 MB/s) stabilisierte sich etwa beim

Kennzahlen Wienstrom

		2001	2000	± %
Eigene Stromerzeugung	GWh	4.373,0	3.810,3	+ 14,8
Fremdstrombezug	GWh	6.324,3	7.153,0	- 11,6
Summe Stromaufbringung	GWh	10.697,3	10.963,3	- 2,4
Lieferung an EVU	GWh	400,3	948,2	- 57,8
Strombedarf	GWh	10.297,0	10.015,1	+ 2,8
Abgabe Tarifkunden	GWh	4.544,9	4.434,1	+ 4,0
Abgabe Sonderkunden	GWh	5.081,3	4.932,0	+ 1,7
Summe Stromabgabe	GWh	9.626,2	9.366,1	+ 2,8
Fernwärme aus KWK	GWh	3.254,7	2.665,5	+ 22,1
Jahreshöchstlast	MW	1.928	1.777	+ 8,5
Kabelnetz	km	18.687,2	18.531,4	+ 0,8
Freileitungsnetz	km	3.761,3	3.764,2	- 0,1
Summe Leitungsnetz	km	22.448,5	22.295,6	+ 0,7
Stromzähler	Stück	1.434.264	1.426.375	+ 0,6

Vorjahreswert von ca. 600 Verbindungen. Jedoch stieg die Realisierung breitbandiger Verbindungen (34/45 MB/s, 155 MB/s, 620 MB/s) auf Kosten von 2 MB/s-Verbindungen. Über 2.000 Mietleitungsverbindungen für eine Vielzahl von Kunden werden derzeit betrieben und vom Network Operation Center (NOC) täglich 24 Stunden überwacht.

Im Sinne eines zukunftsorientierten Netzausbaus wurde auch heuer das Leerrohrnetz um 70 km erweitert. Die Erfassung des gesamten Netzes im elektronischen Dokumentationssystem CUP ermöglicht eine schnellere Beantwortung von Anfragen.

Das engmaschige Lichtwellenleiternetz zählt weltweit zu den größten und komplexesten Stadtnetzen. Mit SDH, PDH, ATM und Fast-/Gigabit-Ethernet ist Wienstrom mit allen aktuellen Technologien der Übertragungstechnik präsent. Damit ermöglicht Wienstrom modernste Telekommunikationsservices in Wien.

Umweltschutz

Wienstrom handelt auch im liberalisierten Markt äußerst umweltbewusst. So werden die klimafreundlichen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) aktiv geschützt. Mit einer Kraft-Wärme-Kopplung kann ein Kraftwerk neben Strom zusätzlich auch Fernwärme erzeugen. Durch die gleichzeitige Erzeugung erhöht sich der Wirkungsgrad von etwa 35 - 40 % auf bis zu 86 % und der gesamte Brennstoffaufwand verringert sich deutlich. Diese Ressourcen schonende Energieerzeugung trägt wesentlich zur Reduzierung der Luftschadstoffe bei. Ein weiterer Vorteil für die Umwelt ist, dass mit Fernwärme der besonders umweltbelastende Hausbrand ersetzt wird.

Die KWK-Technik ist eine ideale Lösung für Ballungszentren. In Wien sind alle in den letzten 25 Jahren errichteten Kraftwerke mit einer KWK ausgestattet worden. Durch diese Umweltinvestition blieben der Luft hunderttausende Tonnen Kohlendioxid-, Schwefeldioxid- und Stickoxidemissionen erspart. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: In den USA werden jährlich pro Einwohner 20,3 Tonnen Kohlendioxid freigesetzt, in Deutschland sind es immerhin noch 10,7 Tonnen. Der österreichische Durchschnitt liegt bei 7,7 Tonnen - Wien liegt mit 5,7 Tonnen deutlich darunter. Mitverantwortlich für dieses gute Ergebnis sind die umweltfreundlichen Kraftwerke mit KWK. Der Ausstoß an Schwefeldioxid sank in Wien um 99 % und die Stickoxidemissionen um 87 %. Alleine im Jahr 2000 konnten durch die KWK-Anlagen 525.000 Tonnen Kohlendioxid und 166.000 Tonnen Heizöl eingespart werden. Die Wiener KWK-Anlagen bringen uns dem Kyoto-Ziel einen Schritt näher.

Wiengas GmbH

Vorbereitung auf die totale Marktöffnung

Das Jahr 2001 war geprägt von der Phase der Vorbereitung auf den 1. Oktober 2002, den Stichtag für die totale Marktöffnung. Im Herbst 2001 wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten eine Paktierung zur Novellierung des im Jahr 2000 in Kraft getretenen Gaswirtschaftsgesetzes vorgestellt. In dieser Novelle ist eine gesellschaftliche Trennung der Versorgungsbetriebe in Netz und Energie vorgesehen.

Überlegungen zur Trennung Gasnetz - Energieverkauf

Auf Grund der vorgesehenen Novellierung des Gaswirtschaftsgesetzes und um am freien Markt gegenüber ausländischer Konkurrenz bestehen zu können, wurden Kooperationen für den Bereich Massenkunden und die Großkundenbetreuung angedacht. Die EnergieAllianz Austria, die im Jahr 2001 ins Leben gerufen wurde, wird in Zukunft den Massenkundenmarkt auch für Wiengas betreuen. Ebenfalls wurde die bis dahin nur als Markennamen existierende Wien Energie zu einer privatrechtlichen Gesellschaft, die sich in Zukunft als Dachgesellschaft für die darunter agierenden Energieunternehmen der Wiener Stadtwerke Holding AG positionieren soll. Für den Großkundenmarkt wurden Kooperationsgespräche mit der OMV und EVN eingeleitet.

Ölpreis

Die Ölpreisentwicklung war nach einem Rückgang zum Jahresende 2000 im ersten Halbjahr 2001 leicht steigend. Durch die Fördervereinbarungen der OPEC und starke Markteinflüsse durch Kriegsgeschehen im Nahen Osten schwankte auch der Ölpreis stark. Zu Jahresende war ein leichtes Absinken des Preises bemerkbar.

Witterung

2001 entsprach der für Wiengas entscheidende Verlauf der Temperaturkurve einem gegenüber 2000 kaum veränderten Jahr. Die Temperaturen wiesen laufend im Mittel um 0,2° bis maximal 1° tiefere Durchschnittswerte als das Rekordjahr 2000 auf. Wien lag im langjährigen Jahresmittel. Allerdings lagen die Temperaturen der für die Heizperiode wesentlichen Monate um durchschnittlich 3° tiefer als im Vorjahr.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Das Jahr 2001 wurde mit einem Gewinn von EUR 9,9 Mio. abgeschlossen. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit betrug ebenfalls EUR 9,9 Mio.

Die Investitionen in der Höhe von EUR 49,9 Mio., deren Schwerpunkte in den Bereichen Rohrnetz und

Kennzahlen Wiengas

		2001	2000	± %
Erdgasbezug	Mio. m ³ NZ	1.757,2	1.782,1	- 1,4
Speicherveränderung	Mio. m ³ NZ	+ 176,1	- 37,4	
Erdgasaufbringung	Mio. m³ NZ	1.933,3	1.744,7	+ 10,8
Abgabe Tarifkunden	Mio. m ³ NZ	730,1	647,9	+ 12,7
Abgabe Großkunden	Mio. m ³ NZ	1.199,2	1.093,5	+ 9,7
Summe Erdgasabgabe	Mio. m³ NZ	1.929,3	1.741,4	+ 10,8
Erdgas-Speicherstand am 31. Dezember	Mio. m ³ NZ	242,5	468,7	- 48,3
Jahreshöchstlast	m ³ NZ	14.106.436	13.840.978	+ 1,9
Rohrnetz	km	3.632,0	3.402,3	+ 6,8
Gaszähler	Stück	716.672	718.094	- 0,2

NZ = Normzustand bei 0° C und 1.013,25 mbar Druck

Kernzonenbildung lagen, konnten zur Gänze aus dem erwirtschafteten Cashflow abgedeckt werden. Das derzeit laufende umfangreiche Investitionsprogramm konnte somit bisher ohne Fremdmittelinanspruchnahme abgewickelt werden. Die Eigenkapitalquote von Wiengas wurde auf 12,4 % verbessert.

Investitionen

Das Schwergewicht der Investitionstätigkeit lag wie in den Vorjahren bei der Erneuerung des Straßenrohrnetzes. Für Neulegungen und kapazitätserhöhende Wechslungen von insgesamt 31.328 m wurden EUR 19 Mio. aufgewendet. 48 Projekte konnten im Berichtsjahr zum Abschluss gebracht werden, davon 5 Siedlungsaufschließungen und 43 Projekte zur allgemeinen Gebietsaufschließung. Für den Bau von Regelanlagen sowie für Korrosionsschutz wurden EUR 0,9 Mio., für Investitionen in den Dienststellen Simmering und Leopoldau EUR 17,1 Mio., für Einzelinvestitionen sowie für sonstige Investitionen EUR 8,3 Mio. aufgewendet. Die gesamte Investitionstätigkeit betrug EUR 49,9 Mio., darin enthalten sind auch Investitionen in Finanzanlagen in Höhe von EUR 4,6 Mio.

Sicherheit

Sicherheit steht bei der Wiengas GmbH an erster Stelle. Das wurde auch im Jahr 2001 durch die Zertifizierung des Unternehmens nach ISO 9001 und 14001 offiziell bestätigt. Trotz der Öffnung des Gasmarktes und der dafür notwendigen Einsparungsmaßnahmen wird für ein sicheres und modernes Gasnetz gesorgt. Rund 1.835 km Hauptrohrnetz und 354 km Hausanschlussleitungen wurden überprüft, ca. 300 Rohrleitungen in Brückenkonstruktionen geprüft und gewartet. Durch die Mitarbeiter des Gasspürdienstes wurden im Zuge der flächenmäßigen Überprüfung des Hauptrohrnetzes und der Hausanschlussleitungen 288 Gebrechen festgestellt. 1.452 km des Niederdrucknetzes, 383 km Hochdruckleitungen und 354 km Hausanschlussleitungen wurden dieser Prüfung unterzogen.

Im Berichtsjahr wurden 40.600 Kunden-Anlagen überprüft, davon 18.693 auch auf Dichtheit. Bei 355 Anlagen wurden dabei Mängel festgestellt. 13.439-mal wurde die Gebrechenbehebungsstelle gerufen, um Störungen zu beheben. 45.337 Geräte wurden im Jahr 2001 vor Ort überprüft.

Trotz ständiger Hinweise der Wiengas GmbH, Kleinwasserheizer ohne Kaminanschluss vorschriftsmäßig zu verwenden, musste auch im Jahr 2001 festgestellt werden, dass in einigen Haushalten diese Geräte vorschriftswidrig in Gebrauch sind. Ebenfalls fiel auf, dass die Wartung älterer Erdgasgeräte zu wünschen übrig lässt.

Wiener Linien GmbH & Co KG

Rahmenbedingungen

Der seitens der EU-Kommission erstellte und am 26. Juli 2000 veröffentlichte Vorschlag für eine Verordnung betreffend Liberalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs wurde zunächst im Verkehrs-

ausschuss des Europäischen Parlaments, aber auch im Plenum des Europäischen Parlaments diskutiert. Im Rahmen dieses „Gesetzgebungsverfahrens“ wurde über zahlreiche - seitens der Abgeordneten des Europäischen Parlaments eingebrachte - Änderungsanträge zum Kommissionsvorschlag abgestimmt.

Inhaltlich gesehen führte die Abstimmung im Parlament zu einer weit gehenden Änderung des Kommissionsvorschlags: Unter bestimmten Voraussetzungen wird den zuständigen Gebietskörperschaften das Recht eingeräumt, entweder selbst oder mittels eines eigenen Unternehmens Verkehrsleistungen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu erbringen bzw. erbringen zu lassen. Eine wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieses Rechtes ist, dass sich der mit der Verkehrserbringung betraute Teil der Gebietskörperschaft - bzw. das eigene Unternehmen - nur am „Heimatmarkt“ betätigt (Reziprozität). Da dieses Ergebnis in einem teilweisen Spannungsverhältnis mit dem EU-Primärrecht steht, wird seitens der EU-Kommission an einem neuen Entwurf gearbeitet, der im Laufe des ersten Halbjahres 2002 dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden wird. Konkrete Aussagen über die inhaltliche Gestaltung sind noch nicht möglich. Es ist aber - mittelfristig - mit einer Konkurrenzsituation bei zumindest einem Verkehrsträger zu rechnen.

Finanzierungsvertrag

Für die Wiener Linien GmbH & Co KG war es notwendig, eine gesicherte finanzielle Grundlage von ihrem Eigentümer für ihre Tätigkeiten (Erbringung von Verkehrsleistungen, Leistungen des Verkehrsmanagements und für den Bau und die Erhaltung der Infrastruktur) für die nächsten Jahre zu erhalten.

Aus diesem Grund wurde durch den Wiener Gemeinderat am 25. Oktober 2001 ein öffentlicher Personennahverkehrs- und -finanzierungsvertrag (ÖPNV-Vertrag) mit Wirkung 1. November 2001 beschlossen. Die Wiener Linien sind gemäß diesem Vertrag verpflichtet, im Rahmen der nächsten acht Jahre ihr Verkehrsangebot zu optimieren sowie die bestehende hohe Qualität weiterhin sicherzustellen. Im Gegenzug dazu verpflichtet sich die Stadt Wien, den Wiener Linien den nötigen finanziellen Ausgleich für die auferlegten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen zu gewähren sowie die Finanzierung des festgelegten Investitionsprogramms zu sichern.

Mit dieser EU-konformen Vorgangsweise wurde einer wesentlichen Forderung des neuen Verordnungsvorschlags Rechnung getragen: Die EU-Verordnung sieht nämlich vor, dass das Verhältnis zwischen Gebietskörperschaft und Verkehrsunternehmen auf eine vertragliche Basis zu stellen ist.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Die Umsatzerlöse sanken im Jahr 2001 geringfügig um rund 0,9 % auf EUR 312,0 Mio. Bei den aktivierten Eigenleistungen und den sonstigen betrieblichen Erträgen ergab sich zusammen eine Steigerung von 2,0 % gegenüber dem Vorjahr. Dem gegenüber steht ein um 19,5 % geringerer Materialaufwand und ein um 0,2 % zurückgegangener Personalaufwand.

Es ergibt sich daher im Jahr 2001 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von EUR -116,6 Mio. Dies entspricht einer Verschlechterung von 0,9 %. Der Fehlbetrag wird durch die Übertragung auf die Kapitalrücklage abgedeckt, so dass die Wiener Linien ein ausgeglichenes Jahresergebnis aufweisen.

Beförderungserlöse im Linienverkehr

Die Beförderungserlöse im Linienverkehr betragen im Jahr 2001 rund EUR 309,4 Mio., das sind um rund EUR 2,08 Mio. bzw. 0,7 % weniger als im Vorjahr. Der Durchschnittserlös je Fahrgast von EUR 0,42 ist um 1,3 % geringer als im Vorjahr. Die Ursachen für sinkende Durchschnittserlöse bei steigenden Fahrgastzahlen liegen in der verstärkten Inanspruchnahme von längerfristigen Zeitkarten.

Investitionen

Die hohen Investitionen, die im Jahr 2001 bei den Wiener Linien getätigt wurden, sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Konkret wurden im Berichtsjahr EUR 227,5 Mio. investiert. Ein großer Anteil der Investitionen betraf wieder den U-Bahnneubau. Im Jahr 2001 wurden 20 Niederflurstraßenbahnen (ULF) und 18 Niederflurbusse (davon 4 Gelenkbusse und 14 Normalbusse) angeschafft.

Nach Beginn der Rohbauarbeiten Anfang September wurde am 29. Oktober 2001 von Herrn Vizebürgermeister Dr. Sepp Rieder der Spatenstich für die Verlängerung der Linie U1 von Kagran nach Leopoldau vorgenommen. Die U1, die um 5 Kilometer mit 5 zusätzlichen Stationen (Kagraner Platz, Rennbahnweg, Aderklaaer Straße, Großfeldsiedlung und Leopoldau) verlängert wird, wird für die Bezirke Donaustadt und Floridsdorf wirtschaftliche Verbesserungen und eine höhere Lebensqualität für die Bewohner bringen.

Am 28. Februar 2001 wurde der erste Tunnel für die neue Linie U2 „angestochen“, 2002 soll dieses Tunnelstück fertig sein. Für die Verlängerung der Linie U2 vom Schottenring über den Praterstern, die bereits gebaute Donaustadtbrücke nach Stadlau, SMZ Ost, Aspernstraße laufen die Vorbereitungsarbeiten für das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren. Im Zuge des Ausbaus der Linie U2 müssen als erster Schritt die bestehenden Stationen der Linie U2 wegen der neuen Zuglänge (112 m) verlängert und zusätzliche Aufzugsanlagen eingebaut werden.

RBL und visuelle Fahrgastinformation

Im Jahr 2001 wurden eine Straßenbahnlinie und 7 Autobuslinien in das Rechnergesteuerte Betriebsleitsystem (RBL) integriert. Mit diesen Linien sind nunmehr 23 Linien des Tagverkehrs (das entspricht einem Ausbaustand von 40 %) und alle 21 Linien des Nachtverkehrs in das RBL eingebunden.

Mit dem RBL kam auch eine neue elektronische Fahrgastinformation in Form einer Zugzielanzeige. Nach zwei Jahren Testbetrieb, bei dem sich die 5 Prototypen bestens bewährt hatten, wurde im Frühjahr 2001 das Design neu entwickelt, wobei die Schriftgröße des Displays jetzt doppelt so groß wie bei den Testmodellen ist. Da der Einbau in die vom Testbetrieb

Kennzahlen Wiener Linien

		2001	2000	± %
Fahrgäste Schienenverkehr	Mio.	619,8	611,7	+ 1,3
Fahrgäste Autobus	Mio.	109,7	113,2	- 3,1
Summe Fahrgäste	Mio.	729,5	724,9	+ 0,6
Triebwagen	Stück	1.205	1.206	- 0,1
Beiwagen	Stück	417	428	- 2,6
Autobusse	Stück	497	505	- 1,6
Summe Fuhrpark	Stück	2.119	2.139	- 0,9
Nutzkilometer	Mio.	129,3	107,9	+ 19,8
Platzkilometer	Mio.	15.246,0	14.275,0	+ 6,8
Gesamtlinielänge	km	917,4	917,2	± 0,0
Verfügbare Plätze	Anzahl	229.598	229.880	- 0,1



Am 29. Oktober 2001 erfolgte der Baubeginn zur Verlängerung der U-Bahnlinie U1 von Kagran nach Leopoldau.

her bekannten Info-Säulen aus Platzgründen nicht mehr möglich ist, werden die neuen Anzeigetafeln auf Masten montiert. Insgesamt sind derzeit bereits mehr als 40 derartige Anzeigen in Betrieb.

Bestattung Wien GmbH

Weiterer Rückgang der Sterblichkeit

Der Rückgang der Sterblichkeit in Wien gegenüber dem Vorjahr beträgt 3,3 %, in Österreich 2,5 %. Damit setzt sich der langjährige Trend weiter fort. Seit 1990 nahmen die Sterbefälle in Wien um 19,4 %, seit 1980 sogar um 33,8 % ab.

Geschäftsverlauf und Ergebnis

Der Rückgang der Sterblichkeitsrate zeigt sich auch in den entsprechenden Ergebnissen. Die Umsatzerlöse lagen im Berichtsjahr bei EUR 31,5 Mio. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich das Betriebsergebnis von EUR -3,1 Mio. auf EUR -3,9 Mio. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sank von EUR 0,7 Mio. geringfügig auf EUR 0,6 Mio.

Kennzahlen Bestattung

	2001	2000	± %
Erdbestattungen	10.724	11.359	- 5,6
Feuerbestattungen	2.722	2.783	- 2,2
Exhumierungen	1.343	1.413	- 5,0
Überführungen	618	646	- 4,3
Leistungen für fremde Bestatter	1.790	1.674	+ 6,9
Bestattungen auf Anordnung der Sanitätsbehörden	669	728	- 8,1
Diverse Leistungen	2.609	2.602	+ 0,3
Summe Bestattungsleistungen	20.475	21.205	- 3,4
Sargerzeugung	29.609	30.646	- 3,4
Sargverkauf	29.963	31.432	- 4,7

Fuhrpark

Der Fuhrpark der Bestattung Wien GmbH umfasst 56 Fahrzeuge und ist somit unverändert gegenüber dem Vorjahr. Im Zuge der notwendigen Erneuerung älterer Fahrzeuge wurden zwei neue Blumenwagen angeschafft.

Investitionen

Das Investitionsvolumen beläuft sich im Jahre 2001 auf EUR 0,8 Mio. Neben den bereits erwähnten Neuananschaffungen von Fahrzeugen ist vor allem der Umbau und die damit verbundene Vergrößerung der Anmeldestelle für Todesfälle im Bezirksamt für den 16. Bezirk sowie der Kauf einer neuen Doppelgerührungssäge für den Sargerzeugungsbetrieb zu erwähnen.

Baumaßnahmen

Am Friedhof Breitenlee hat die Stadt Wien eine neue Aufbahrungshalle errichtet, die Bestattung Wien GmbH war für die Innenausgestaltung verantwortlich. Nun können auch auf diesem Friedhof die jährlich rund 60 Trauerfeiern in einem würdigen, zeitgemäßen Rahmen abgehalten werden.

Fernwärme Wien GmbH

Rahmenbedingungen

Die Fernwärme Wien ist sowohl in der Fernwärmeversorgung als auch in der thermischen Abfallentsorgung und -verwertung das mit Abstand größte Unternehmen Österreichs und ein wichtiger Umwelt- und Wirtschaftsfaktor für Wien. Kunden der Fernwärme Wien schätzen den hohen Dienstleistungscharakter und die Zuverlässigkeit des Unternehmens in den Geschäftsfeldern Energiedienstleistung und Entsorgungsdienstleistung: sichere und saubere Wärme und Warmwasser, sichere und saubere Entsorgung von Hausmüll und Sonderabfall sowie Klärschlamm.

Geschäftsverlauf

Auf Grund eines günstigen Temperaturverlaufs und erfolgreicher Akquisition von Neukunden vor allem im Geschäftsfeld Energiedienstleistung konnten die Umsatzerlöse im Vergleich zum Geschäftsjahr 2000

im Berichtsjahr von rund EUR 313,5 Mio. um 10,8 % auf EUR 347,4 Mio. gesteigert werden. Der Umsatzanteil von 69 % und die Erlöse von EUR 240,9 Mio. unterstreichen deutlich die Dominanz des Geschäftsfeldes Energiedienstleistung innerhalb des Unternehmens Fernwärme Wien. Das Geschäftsfeld Entsorgungsdienstleistung mit den thermischen Hausmüllverwertungsanlagen in den Werken Spittelau und Flötzersteig und der thermischen Entsorgungsanlage von Sonderabfall und Klärschlamm im Werk Simmeringer Haide erreichte Umsatzerlöse in Höhe von EUR 77,5 Mio. und hält einen Umsatzanteil von rund 22 %. Die sonstigen Erlöse kamen auf EUR 29,0 Mio., also rund 9 % des Gesamtumsatzes.

Trotz optimierter Ausnutzung der Kraft-Wärme-Kopplungen führte der kältere Temperaturverlauf zwangsläufig zu höheren Materialaufwendungen und Aufwendungen für bezogene Leistungen. So stiegen die Kosten um EUR 11,8 Mio. auf EUR 82,8 Mio. Die Investitionstätigkeit im Geschäftsjahr 2001 mit EUR 81,1 Mio. lag weit über dem Niveau des vorangegangenen Jahres und konnte aus dem Cashflow finanziert werden. Insgesamt wurde ein positives Betriebsergebnis in der Höhe von EUR 36,5 Mio. erzielt, was eine Steigerung von 49 % oder EUR 12,1 Mio. gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Geschäftsjahr 2000 errechnet sich im Berichtsjahr der ausgewiesene Bilanzgewinn in der Höhe von EUR 5,2 Mio.

Ausbau des Transportnetzes

Die umfangreichen Investitionen in den Ausbau des Netzes wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. Insgesamt konnte das Transportnetz auf nunmehr 939,9 km Trassenlänge ausgebaut werden. Besonders hervorzuheben ist die Unterquerung der Donau durch die fertig gestellte Haupttransportleitung Steinsporn I. Dieser 950 m lange Abschnitt wurde als Rohrvorpressung durchgeführt. Die Donau wurde mit einer Überdeckung von ca. 11 m, die Neue Donau mit ca. 10 m, jeweils unter der Sohle, mit Betonfertigteilen von 2,5 m Durchmesser, in denen zwei Stahlrohre von 80 cm Durchmesser verlegt wurden, ohne Zwischenfälle untertunnelt. Im Sommer wurde dann mit dem Bau der Haupttransportleitung Steinsporn II von der Donaustadt zum SMZ Ost und weiter bis zur Aspernstraße begonnen.

Das Verbundsystem

Der Verbundbetrieb, die Reservebildung bei der installierten Leistung und der Einsatz unterschiedlicher Brennstoffe garantieren sichere Versorgung, die jetzt mit dem neuen Umweltkraftwerk Donaustadt noch ausgebaut wurde.

Im Berichtsjahr wurde aus 15 Erzeugungsanlagen in zehn Fernwärmewerken Heißwasser in das Fernwärmeverbundnetz eingespeist. Die Abwärme aus den Hausmüllverbrennungsanlagen Flötzersteig und Spittelau sowie der Sonderabfall- und Klärschlammverbrennungsanlage Simmeringer Haide wird als Grundlast ganzjährig im Verbund verwendet. Zur Deckung der Mittellast werden die Kraft-Wärme-Kopplungen im Umweltkraftwerk Donaustadt, in den zwei Blöcken im Kraftwerk Simmering, im kombi-

nierten Gas- und Dampfturbinenkraftwerk Leopoldau von Wienstrom und in der OMV-Raffinerie in Schwechat eingesetzt. Nur wenn diese Erzeugungsanlagen nicht ausreichen, werden Spitzenkessel in den Fernwärmewerken Arsenal, Kagran, Leopoldau, Spittelau und Inzersdorf (Süd) angefahren. Im Geschäftsjahr 2001 wurden vom Verbund 5.168 GWh, von lokalen Heizzentralen und anderen Wärmequellen 136 GWh Wärme geliefert.

464.000 Tonnen Hausmüll verbrannt

Von den 928.000 Tonnen Hausmüll im Jahr 2001 wurden 38 % als Altstoffe verwertet, kompostiert oder der Problementsorgung bzw. -verwertung zugeführt, 12 % wurden auf der Deponie am Rautenweg gelagert. Der verbleibende Rest von 50 % wurde in den beiden Müllverbrennungsanlagen der Fernwärme, Flötzersteig und Spittelau, verbrannt, thermisch verwertet und auf 10,9 % des Volumens reduziert.

Zusätzlicher Klärschlamm- und Müllverbrennungsöfen

Im Geschäftsjahr 2001 wurde der Auftrag zum Bau eines vierten Wirbelschicht-Verbrennungsöfens (WSO 4) mit einer Jahreskapazität von rund 90.000 Tonnen erteilt. Das Auftragsvolumen beträgt rund EUR 58,1 Mio., der Baubeginn ist für das Jahr 2002 vorgesehen und der Probetrieb soll im Jahr 2003 starten.

Die Verbrennungskapazität des WSO 4 wird für den zusätzlich anfallenden Klärschlamm der neuen Hauptkläranlage Wien, der Entsorgungsbetriebe Simmering (EbS), benötigt und soll bei mangelnder Auslastung auch vorbehandelten Hausmüll verwerten, da die Kapazitätsgrenzen der Müllverbrennungsanlagen Spittelau und Flötzersteig erreicht sind.

Das komplette Projekt umfasst den Wirbelschichtofen samt Abhitzeessel, einen Elektrofilter zur Staubabscheidung sowie eine komplette Rauchgasreinigung- und Entstickungsanlage (Denox), womit die strengen Emissionsgrenzwerte zuverlässig und sicher eingehalten werden.

Sonderabfallbehandlung

Im Berichtsjahr wurden rund 93.700 Tonnen Sonder-

Kennzahlen Fernwärme		2001	2000	± %
Eigene Wärmeerzeugung	GWh	1.434,8	1.392,0	+ 3,1
Fremdwärme	GWh	3.869,3	3.327,9	+ 16,3
Summe Wärmeaufbringung	GWh	5.304,1	4.719,9	+ 12,4
Abgabe Haushalte	GWh	1.943,3	1.668,8	+16,4
Abgabe Gewerbe, Industrie	GWh	747,9	661,3	+13,1
Abgabe öffentliche Gebäude	GWh	2.172,8	1.921,4	+13,1
Abgabe an Wiederverkäufer	GWh	99,2	71,2	+39,3
Summe Wärmeabgabe	GWh	4.870,0	4.322,7	+ 14,8
Jahreshöchstlast	MW	1.881	1.722	+ 9,2
Primärnetz	km	499,2	491,7	+ 1,5
Sekundärnetz	km	440,7	412,4	+ 6,9
Summe Leitungsnetz	km	939,9	904,1	+ 4,0
Fernwärmeversorgte Wohnungen	Anzahl	220.325	212.332	+ 3,8

abfall, das sind um 3 % mehr gegenüber dem Vorjahr, zur thermischen Behandlung übernommen. Der eingehende Abfall wird beprobt, analysiert und aufbereitet. Danach wird er gemeinsam mit dem Spitalsmüll in den zwei Drehrohröfen bei einer Temperatur von 1.200 °C verbrannt. Beide Öfen standen im Berichtsjahr nur 12.320 Betriebsstunden zur Verfügung, da bei einem Ofen die Kesselverrohrung erneuert werden musste. Die bei der thermischen Entsorgung angefallenen 20.611 Tonnen Reststoffe (Asche, Schlacke) wurden deponiert.

Klärschlammverbrennung

Von den Entsorgungsbetrieben Simmering wurden im Berichtsjahr 2.235.516 Kubikmeter Dünnschlamm mit einem mittleren Trockensubstanzgehalt von 3,1 % zum Werk geleitet, dort mittels Zentrifugen entwässert und in drei Wirbelschichtöfen bei 850 °C thermisch entsorgt.

Bei 20.537 Betriebsstunden der Wirbelschichtöfen wurde im Jahr 2001 eine Trockensubstanzmenge von 59.337 Tonnen verbrannt. Die beim Verbrennungsvorgang angefallenen 18.895 Tonnen Reststoffe wurden auf die Deponie Rautenweg zur Verfestigung des Ringwalls verbracht.